

Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, November/Dezember 2014

64. Jahrgang, Nr. 744/745

Klares Bekenntnis zur Freiheit und zu den Vorzügen und Pflichten der Demokratie

Bundespräsident Gauck blickt in Leipzig auf den Herbst 1989 und den Niedergang der SED-Diktatur zurück

Es war eine großartige Festveranstaltung, zu der Bundespräsident Joachim Gauck am 9. Oktober ins Leipziger Gewandhaus eingeladen hatte und zu der auch große Persönlichkeiten der Geschichte eingeladen waren. Henry Kissinger, Hans-Dietrich Genscher und Kurt Masur als markante und auch gestalterische Figuren jener geschichtlich bedeutenden Etappe gehörten zu den Beteiligten, die auf hoher Ebene am Verlauf des großen Umbruchs und zum Sturz der von Moskau installierten Diktaturen beitrugen. Ihre Rolle und ihre Bedeutung wurden in der Rede des Bundespräsidenten mit Nachdruck gewürdigt. Ebenso ging Gauck auf die Situation der zusammenbrechenden DDR ein, die – ohne die militärische Unterstützung aus Moskau und realitätsfern von alten Männern regiert – unter dem Druck der demonstrierenden Massen innerhalb weniger Wochen ihr physisches Ende erlebte.

Gauck selbst, damals Pfarrer in Rostock, war Teil und Mitinitiator der Massenproteste, er übernahm mit deren zunehmendem Verlauf Verantwortung und gab wichtige Impul-

se, als es darum ging, Akten und Dokumente zu sichern, die er später als erster Bundesbeauftragter verwaltete und sichten ließ.

Andererseits ist der Zusammenbruch der DDR untrennbar mit der Auflösung der anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes verbunden. Und so war es naheliegend, auch die heutigen Regierungschefs dieser Länder zum Festakt einzuladen und dabei insbesondere die Rolle Polens, das als erstes Ostblockland eine freie Gewerkschaft durchsetzte, und Ungarns, das mehr als nur einen Stein aus der Mauer zwischen Ost und West heraus riss, einzu-

laden. Nicht zu vergessen auch die aufsehenerregende Besetzung der deutschen Botschaft in Prag. Die Bilder und die Worte vom damaligen Außenminister Genscher sind nun oft um die Welt gegangen, sie sind bis heute ein unverzichtbares Zeitdokument, dem viele Menschen aus der nachgeborenen Generation staunend und ergriffen ihren Respekt zollen.

Tom Haltern



Auch VOS-Vertreter waren eingeladen

Mitglieder unseres Verbandes beim Leipziger Festakt

Als ein Zeichen der Anerkennung und der Würdigung ihres Schicksals und ihrer Lebensleistung werteten die zum Festakt in Leipzig erschienenen VOS-Mitglieder – stellvertretend für alle politischen Haftopfer der sozialistischen Diktatur – die Einladung durch den Bundespräsidenten. Ist es doch unbestritten, dass sie über viereinhalb Jahrzehnte hin das Regime durch ihren stillen oder offenen Widerstand, der nicht selten zu unmenschlich hohen Haftstrafen führte, unterhöhlten, verunsicherten und zu eklatanten Menschenrechtsverletzungen zwangen, die oft genug die Schlagzeilen und Medienberichte bestimmten.

Auch wenn dieser Teil der Widerstandsgeschichte beim Festakt nicht klar zum Ausdruck kam, bleiben die politischen Häftlinge des Unrechtsregimes der SBZ/DDR ein unauslöschliches Kapitel in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, das entscheidend zur Beseitigung der Diktatur und zur Hinwendung zu demokratischen Verhältnissen beigetragen hat. *B. Thonn*

Die vorliegenden Fg ist die letzte Ausgabe im Jahr 2014. Die nächste Fg erscheint im Januar 2015. Vorstand und Redakteur wünschen allen Kameradinnen und Kameraden ein **Gesundes und glückliches neues Jahr und frohe Feiertage.**

Wenn es am Ende dieses keineswegs einfachen Jahres für uns gestandene VOSler eine Erkenntnis gibt, die sich in wenigen Worten zusammenfassen lässt, so dürfte sie lauten: Die VOS lebt, und das gilt auch für das kommende Jahr. Wir haben zum einen eine Feuer- taufe in finanzieller Hinsicht be- standen, zum anderen hat sich der Bundesvorstand konsolidiert. Da- mit ist der Weg für die weitere Verbandsarbeit frei. Einen großen Anteil an der Überwindung der akuten Sorgen haben die Kamera- dinnen und Kameraden, die den Verband durch mehrmalige sehr großzügige Spenden wesentlich unterstützt haben. Sie haben damit auch gezeigt, dass Selbstlosigkeit und Solidarität nicht nur Begriffe sind, über die wir als theoretische Kategorien reden.

Im nächsten Jahr wird nun die Opferrente um 50 Euro erhöht. Wir wollen nicht darüber streiten, ob diese Maßnahme ein Erfolg ist oder – wie es in etlichen Zuschriften an die Redaktion heißt – ein Almo- sen. Ich bin sicher, dass wir diese Zulage nicht bekommen hätten, wenn wir uns nicht nachdrücklich darum bemüht hätten. Die Frei- heitsglocke hat einen großen Bei- trag dazu geleistet. Aber auch ein- zelne Kameraden oder Bezirks- gruppen haben sich eingebracht.

Erwartungen können Opfer nur teilweise erfüllt werden

Bundsvorsitzender als Sachverständiger

Nach Redaktionsschluss kam die Meldung, dass Rainer Wagner, VOS-Bundsvorsitzender, zum Rechts- ausschuss des Bundestages eingeladen wurde, um als Sachverständiger eine Stellungnahme zum Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Verbesserung rehabilitie- rungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politi- schen Verfolgung in der ehemaligen DDR abzugeben. Nachstehend einige wesentliche Forderungen.

Grundsätzlich reicht eine bloße Erhöhung der Opfer- rente und der beruflichen Ausgleichsleistungen nicht aus. Auch der Personenkreis der Bezugsberechtigten wäre über die nachweislichen Haftzeitopfer (auch un- ter sechs Monaten) zu erweitern, da es zersetzende Verfolgung auch so gegeben hat. Dazu gehören auch Zwangsadoptionen. Gefordert werden die Erleichte- rung der Beweisführung, die Möglichkeit der Vererb- barkeit der Opferrente, die Aufhebung der Bedürf- tigkeitsklausel und die Einführung einer Ehrenpension sowie die Entschädigung von nach 1945 in die SU Verschleppten.

AR/RW

Weitere Details auf S. 21 dieser Fg (Haftschicksal)

Ob sich die Erscheinungsweise der Freiheitsglocke daher im nächsten Jahr verdichten lässt, ist allerdings noch nicht abzusehen. Nach wie vor ist unser Organ jedoch das wesentliche Medium, das die Mit- glieder verbindet und uns einen gemeinsamen Herzschlag gibt.

Auf ein Wort des Redakteurs

Die VOS ist leider nicht in der komfortablen Lage, einen bundes- weiten Streik ausrufen zu können und durch wenig sympathische Methoden, wie sie von Lokführern oder Piloten genutzt werden, ihre Forderungen durchzusetzen. Für das nächste Jahr erwarten wir da- her, dass sich der Bundesvorstand weiter für die Verbesserung der Opferrente im Rahmen der Mög- lichkeiten einsetzt. Diese Aussage treffe ich nicht aus eigener Inspira- tion heraus, sondern weil es kaum jemanden in der VOS gibt, die oder der nicht ebenso denkt.

Natürlich hält das neue Jahr hin- reichend andere Aufgaben für uns bereit. Der Freistaat Thüringen steht vor einem Ereignis, wie wir es in Deutschland noch nicht hat- ten. Ein Kandidat der Partei Die Linke soll bzw. wird Ministerprä- sident werden. Die SPD, die damit

bei den nächsten Wahlen sicherlich keine zusätzlichen Stimmen ge- winnen dürfte, begibt sich in die Rolle des Steigbügelhalters. Die Linke selbst, die jetzt vielleicht lacht und sich als Gewinner auf- spielt, dürfte bei der nächsten Wahl eine herbe Enttäuschung er- leben. An der Basis dieser Partei regt sich vor allem wegen der Zu- stimmung zu der gemeinsamen Koalitionsaussage, die unterge- gangene DDR sei ein Unrechts- staat gewesen, offenkundiger Un- mut. Die alten Genossen, die auch wir noch gut genug kennen, sind fassungslos, dass ihre Diktatur im Nachhinein sogar von der eigenen Führung in ein – so sehen sie es – *unrechtes* Licht gerückt wird.

Es gehört zu unseren Pflichten, hier für Aufklärung zu sorgen.

Ich wünsche für die Erfüllung dieser und anderer Aufgaben allen Leserinnen und Lesern ein geseg- netes Weihnachtsfest und für das neue Jahr Kraft und Mut und na- türlich Gesundheit. Zugleich möchte ich alle Kameradinnen und Kameraden ermuntern, auch künf- tig als ein fester Verband zusam- menzustehen, damit unsere VOS am Leben bleiben kann und wir für jeden Einzelnen etwas erreichen.

*Bis zum neuen Jahr
Ihr Alexander Richter*

Tut sich etwas beim Thema Haftzwangsarbeit?

Bahnchef Dr. Grube komm persönlich

Nachdem das Thema nun schon längere Zeit – leider immer wieder mit langen Pausen – in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, bahnt (!) sich nun kurzfristig ein Ter- min an, der zur weiteren Klärung beitragen könnte. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube wird am 29. November von 11.30 bis 12.30 Uhr in der Ruschestraße 103 in Berlin (Gelände des Stasi-Museums) mit ehemaligen Häftlingen über den Unrechtscharakter der Haftzwangsarbeit diskutie- ren. Neben Herrn Dr. Grube nehmen der VOS- Bundsvorsitzenden Rainer Wagner, die MdB Daniela Kolbe und Kai Wegner und als Einladender Dr. Chris- tian Sachse, der bereits mit seiner Studie zu diesem Thema für Aufsehen sorgte, teil. Bekanntlich wurden im Zuchthaus Brandenburg unter unmenschlichen Be- dingungen Häftlinge zur Arbeit im RAW (Reichs- bahn- Ausbesserungswerk) gezwungen.

Weitere Infos unter www.ddd-zwangsarbeit.info so- wie Anmeldung zur Teilnahme bei der UOKG und di- rekt bei zwangsarbeit@christian-sachse.de.

AR
(Meldung nach Redaktionsschluss)

Titelseite		Weggefährten erinnern an Jürgen Fuchs	16
25 Jahre Mauerfall – Festakt und Festreden		Rückbetrachtung und Würdigung	
Bundespräsident lädt bekannte Politiker und auch VOS-Vertreter ein		Ein Buch über Christoph Wonneberger	16
<hr/>			
Redaktionsthema		Die Zusammenarbeit endete jäh	
Gemeinsamer Herzschlag trotz anhaltender Sorgen – die VOS im neuen Jahr	2	Der Tod Jürgen Eiflers	16
Grußwort des Bundesvorsitzenden der VOS		Bürgerrechtler und politische Häftlinge	
Trotz der Turbulenzen gute Arbeit geleistet		Wer hat in der DDR wen beeinflusst	17
Die Sorgen sind dennoch nicht ganz beseitigt	4	Leipziger Lichtfest auch mit Schatten	
Politik in Thüringen auf dem Scheideweg		Menschenstau und drohende Massenpanik	17
SPD und B'90 gehen freiwillig in die Falle		Maulkorberlass wird wieder legalisiert	
Proteste, Austrittserklärungen und Rückblicke	5 – 6	Die Linke wehrt sich nach SED-Art	17
Die Einkommen der Staatsdiener sind hoch, die der Opfer leider nicht		SPD hat Kurs und Faden verloren	
Ein Mahnbrief an den Justizminister	7	Nun mit drei verschiedenen Koalitionspartnern	18
Die Internierungslager waren kein Hirngespinnst		Die DDR lässt überall grüßen	
Reinhard Köhler aus Thüringen wertet anhand der Akten die Pläne Erich Mielkes aus	8	Altkader schrecken Opfer im Beruf ab	18
Solidarität untereinander ist (mir) wichtig		Eine Partei, von der man wenig weiß	
Und die Freiheitsglocke ist unabdingbar	9	Die AfD weckt viel Misstrauen	19
Bisher gab es keine Angebot für 500 €		Wer so etwas tut, ist böse	
Einige Anmerkungen zur Opferrente	9	Der schäbige Diebstahl der Mauerkreuze	20
Gerade die VOS sollte mit am Tisch sitzen		Keine Änderung mehr erfolgt	
Bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfes wurde unser Verband glatt übergangen	10	Die Opferrente steigt erst ab Januar an	20
Für die Augen und für die Gedanken		Dem Gedanken der Einheit auf der Spur	
Künstlerische „Mauer-Darbietung“	10	VOS-Gruppen besuchen die Walhalla-Stätte	20
Die gültige Satzung der VOS (Teil 1) vom 12.04. 2014	11 - 14	Haftzwangsarbeit und Opferrente	
„Perle des Zschopau-Tals“		Weitere Leserbriefe und Mitteilungen	21
Zuchthaus Waldheim und die Erinnerungen	15	Maybritt Krüger bei Joachim Gauck	
Ein ungerechtes und unnötiges Sterben		Auch weitere VOSler als Zeitzeugen vertreten	22
Unvergessen: Edeltraud Eckert	15	Die VOS-Finzen und Mitgliederzahl	
Einer wie er gehört in die neue Zeit		Bundesvorstand gibt Auskunft	22
		Lässt sich die VOS erweitern?	
		Treffen mit Gruppe der Botschaftsflüchtlinge	23
		Zwei Glossen zum Jahresende	
		Weihnachten und ein Parfum	
		G. G.s Flucht auf die Toilette	23
		Impressum, Adressen, Glückwünsch	24

Spendenbereitschaft bleibt erfreulich

Horst Krutzsch, Kurt Schleppe, Dieter Wendt, Sabine Steckrodt, Gerd Ahnert, Fritz Schaarschmidt, Dr. Dietrich Rothacker, Günther Kleinschmidt, Waltraud Ewert, Rudolf Lenkisch, Bernhard Harz, Rainer Hohmuth, Bernd Kleinschmager, Benno Prieß, Gunnar Rieger, Udo Jahr, Werner Mieth, Bringfried Schneider, Ingrid Faber, Horst Strussenberg, Heinz Richter, Hubert Gärtig, Gerhard Bartels, Siegfried Schuster, Erik Hofmann, Gottfried Walther, Dr. Karl-Heinz Steinert, Margarete Voigt, Günther Müller, Johannes Kirsch, Christa Werner, Helmut Günther, Ingrid Schmidt, Dr. Fred Mrotzek, Gisela Wollscheid, Dr. Hans-Georg Steinhagen, Martin Höhny, Gerd Buhrow, Hans-Christian Braun, Dr. Christian Tauschke, Margot Liepke, Horst Lindemuth, Kurt Pickel, Michael Möller, Bernd Noll, Joachim Gartzke, Brigitte Brüning, Karla und Dieter Bachmann, Karl-Heinz Ulrich, Robert Kneib, Horst Ahrens, Helge Olvermann, Günter Berndt, Helmut Fleischhacker, Vera Falke, Manfred Schulz.

Allen Genannten ein herzliches Dankeschön!

Info-Termin:

Die VOS-Bezirksgruppe Chemnitz – Stollberg – Hohenstein-Ernstthal trifft sich immer am zweiten Mittwoch des Monats von 15.00 bis 17.00 Uhr im Bürgerhaus Brühl-Nord, Müllerstraße 12. Telefon 0371-449277.

Über unsere Aussichten zum Jahreswechsel

Die Alarmglocke läutet, die Wirtschaft stottert
Eine Dauerkrise droht, der Aufschwung nähert
Sich seinem Ende ... *Karl-Heinz Genath*

Unser Fazit: Und doch bleiben wir am Ball!

Die VOS gratuliert **Siegmar Faust**,
der im Dezember an einem speziellen Ort
seinen 70. Geburtstag feiern darf.

VOS beglückwünscht Michael Müller

Neuer Berliner OB sollte sich umfassend für SED-Opfer einsetzen

Die VOS beglückwünscht Michael Müller (SPD) zu seiner Wahl zum Regierender Oberbürgermeister von Berlin.

Unser Verband erhofft sich weiterhin eine umfassende Unterstützung bei der Betreuung der Mitglieder und ist dankbar, wenn die bisherige Präsenz der Senatsvertreter bei Gedenkveranstaltungen der VOS und der UOKG fortgesetzt wird. Wichtig wäre eine Wiederaufnahme der finanziellen Förderung des Berliner VOS-Landesverbandes durch den Senat, wie es sie über Jahrzehnte traditionell gegeben hat. Leider fand dieselbe inzwischen ein Ende, was letztlich dazu beitrug, dass der gesamte Verband in seiner Existenz bedrängt war. *Fg / BV*

Mit Zuversicht die Aufgaben im neuen Jahr in Angriff nehmen

Der VOS-Bundesvorsitzende macht uns mit seinem Neujahrsgrußwort Mut für das kommende Jahr

Liebe Kameradinnen und Kameraden, es ist mir ein Bedürfnis, euch alle in dieser letzten Fg-Ausgabe des Jahres 2014 noch einmal zu grüßen und euch Gesundheit und Glück für das kommende Jahr zu wünschen.



Vor einem Jahr noch hatten unsere Gegner, politische Wichtigtuer und alte Seilschaften, die Hoffnung, dass die VOS als bundesweit größter Verband politischer Häftlinge aus SBZ und DDR das Jahr 2014 nicht überlebt. Aber auch einige besorgte Kammeraden zweifelten ernsthaft am Fortbestand der VOS.

In der Tat war unsere Gemeinschaft mal wieder in Schwierigkeiten geraten, die auf Fehlentscheidungen früherer Vorstände und inkompetente Beratung von außen zurückzuführen waren. Dem Verband wurden bekanntermaßen finanzielle Belastungen aufgebürdet, die bei den Mitgliedern zu Unruhe, Unverständnis und Sorge um das Weiterbestehen der VOS führten. Da es Auseinandersetzungen gab, zeichneten sich – bedingt auch durch die geografisch weitläufige Struktur – erste Auflösungserscheinungen der VOS ab.

Die Bewältigung derartiger Probleme war und ist keine einfache Sache. Doch die Generalversammlung in Friedrichroda schaffte sinnvolle Veränderungen in der Satzung und wählte einen neuen Bundesvorstand sowie weitere Gremien, die sich mittlerweile verantwortungsbewusst für den Verband einsetzen.

Zum aktuellen Stand der Finanzen und der noch zu leistenden Zahlungen gibt in dieser Fg Kamerad Diederich, der als vormaliger Bundes-

vorsitzender mit dem komplexen Sachverhalt vertraut ist, Auskunft. Bekanntlich kamen hierzu auch Anfragen von VOS-Mitgliedern.

Ich möchte daher ausdrücklich allen danken, die den Verband in der schwierigen Situation durch großzügige Spenden und moralischen Zuspruch gestärkt haben. Viele wussten dabei nicht mal, wo die Ursachen lagen und welches Ausmaß an Belastungen uns drückte.

Nunmehr ist eine Zusammenarbeit mit dem Dachverband UOKG angelaufen, die mittelfristig zu einer Mitgliedschaft der VOS, die immer noch der mitgliederstärkste Häftlingsverband in Deutschland ist, führen wird. Landesverbände, die als eingetragene Vereine agieren, haben im Bundesverband ihren festen Platz. Durch meine Mitgliedschaften (z. B. im *Bundestag-Experten-gremium über die Zukunft der BStU*) haben wir in den wichtigen Fragen der DDR-Aufarbeitung eine Stimme. Dies alles sind Erfolge, die unserer Arbeit für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft neue Autorität und Rückenstärkung geben. Trotz der vergangenen Turbulenzen wurde an der Basis und in der Spitze der VOS wichtige Arbeit geleistet. Ich nenne stellvertretend für vieles die Zeitzeugenarbeit, die Vertretung der SED-Opfer in verschiedensten Gremien, Gespräche und Initiativen u. a. zur geplanten Veränderung der Opferpension oder die Kameradschaftspflege in Landes- und Bezirksgruppen.

Besonders wichtig ist, dass trotz der angespannten Finanzlage der VOS unsere Verbandszeitschrift „Freiheitsglocke“ als Band aller Mitglieder und öffentliches Sprachrohr erhalten bleiben konnte. Allen, die sich hier eingebracht haben, herzlichen Dank! Einige Sorgen machen mir hingegen die immer wieder aufflammenden Rivalitäten und Streitigkeiten unter Kameradinnen und Kameraden. Sie schaden unserem inneren Zusammenhalt und dem äußeren Erscheinungsbild. Wir untergraben unsere Autorität und stoßen bei Politikern auf Desinteresse und Ablehnung, wenn wir unsere Anliegen vortragen. Um es konkret zu sagen: Es sind nicht die

alten SED-Seilschaften, die uns zu schaffen machen, sondern wir selbst sind es! Es sind die innere Zerrissenheit und die unsachlichen Auseinandersetzungen, die bis hin zu Intrigen gegen die Mitglieder des Bundesvorstands führen. Besonders schlimm ist es, dass Verleumdungen an Politiker oder Journalisten getragen werden. Ich persönlich bin in der Lage, diese Anfeindungen zu ignorieren, aber andere können das nicht. Ich appelliere daher an euch, bei allem Verständnis für das Hafttrauma, unter dem wir alle leiden, solche Angriffe zu unterlassen.

Wir haben den Auftrag, der nächsten Generation das Erbe des politischen Widerstandskampfes, die Liebe zur Freiheit und Demokratie anhand unserer Schicksale weiterzugeben. Wir haben den Auftrag, uns gegenseitig beizustehen. Dies geschieht durch Beratung und Kameradschaft. Wir sind eine Interessenvertretung für die Opfer des Unrechtsstaates. Gerade mit Blick auf die anstehenden Opferentschädigungsgesetze ist festzustellen, dass die geplante geringfügige Erhöhung der Opferrente keinerlei Gerechtigkeit schafft. Wenn sie in der Höhe und dem bis Oktober angedachten Personenkreis bleiben, kommen sie weiterhin einem Almosen, aber keiner wirklichen Ehrenpension gleich. Gerechtigkeit in materieller Hinsicht gibt es erst, wenn die Opfer und Widerstandskämpfer des SED-Unrechts materiell so gestellt sind wie die der früheren Funktionäre des Unrechtsstaates DDR und der Mitläufer des damaligen Systems. Davon sind wir weit entfernt.

Um dies durchzusetzen sind wir auf eure finanzielle Unterstützung angewiesen. Deshalb wäre es gut und wichtig, wenn ihr die VOS, soweit es euch möglich ist, am Jahresende wiederum mit einer Spende unterstützen würdet. Lasst uns unsere Kraft nicht in Rivalitäten und Auseinandersetzungen untereinander vergeuden, sondern im Einsatz für unseren Auftrag. In diesem Sinne wünsche ich allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2015.

Rainer Wagner
Bundesvorsitzender der VOS

Hier geht es um mehr als um persönliche Befindlichkeiten

Die ablehnenden Reaktionen auf das rotrotgrüne Regierungsprojekt kommen aus den eigenen Reihen

Anlässlich der Ankündigung der Landesvorstände von B' 90/ Die Grünen und SPD, in Thüringen eine Koalition mit der Partei Die Linke einzugehen und Bodo Ramelow somit als ersten Linke-Politiker in das Amt des Ministerpräsidenten zu heben, gibt es in Thüringen und auch bundesweit Proteste.

So formulierte der SPD-Kandidat Stefan Sandmann aus Ilmenau seine Bedenken in einem offenen Brief an die SPD-Mitglieder Thüringens, bei der bevorstehenden Basis- Befragung einer rotrotgrünen Koalition nicht zuzustimmen. Sandmann sieht ansonsten die Glaubwürdigkeit seiner Partei und damit verbunden einen herben Absturz als unvermeidlich voraus.

Konsequent verhält sich auch Dr. Christian Sachse, der zuletzt als vehementer Streiter für eine Offenlegung von Häftlingszwangsarbeit in der DDR in den Medien aufgetreten war, indem er durch eine öffentliche Erklärung seine Mitgliedschaft bei B' 90 / Die Grünen kündigte.

Lesen Sie nachstehend den offenen Brief von Stefan Sandmann an alle SPD-Mitglieder Thüringens und auf der Folgeseite die öffentliche Austrittserklärung von Dr. Christian Sachse.

Und last not least hat auch der Bundesvorstand der VOS frühzeitig eine umfassende Presseerklärung abgegeben, mit der er sich im Namen des größten Opferverbandes ehemaliger politischer Häftlinge des SED-Regimes gegen einen Linke-Ministerpräsidenten Bodo Ramelow wendet.

Offener Brief an alle SPD Mitglieder in Thüringen

Liebe SPD Mitglieder, beim Wahlkampf war die größte Sorge der Menschen an den Infoständen und Haustüren, dass wir als SPD mit den SED-Nachfolgern koalieren könnten. Durch die fehlende Positionierung bzw. Abgrenzung hat unsere SPD viele Wählerinnen und Wähler und viel Vertrauen in der Bevölkerung verloren. Ich war Direktkandidat im südlichen Ilm-Kreis und möchte hier und heute alle Mitglieder der Thüringer SPD auffordern, der Empfehlung des Landesvorstandes, eine Rot-Rot-

Grüne Koalition mit Herrn Ramelow als Ministerpräsident einzugehen, nicht zu folgen und mit „NEIN“ zu stimmen.

Einige von euch werden sich jetzt fragen, warum?

Ich will es Euch sagen: Weil die SPD, als älteste Volkspartei in Deutschland, eine gesellschaftliche und politische Verantwortung hat.

Nur weil die Zusammenarbeit mit der CDU in den letzten fünf Jahren eine schwere Zeit war und sich die SPD insbesondere die Abgeordneten und Funktionäre eine neue, unbelastete Koalition wünschen, ist das noch lange kein Grund, der SED-Nachfolgepartei zur Regierungsverantwortung zu verhelfen und damit Anstand und Moral über Bord zu werfen. Hier geht es um mehr, als um persönliche Befindlichkeiten zwischen Abgeordneten, hier geht es um die Zukunft von Thüringen. Gibt es wie in den letzten Jahren eine positive Entwicklung in Wirtschaft, Infrastruktur und beim Schuldenabbau oder gibt es in Thüringen das Experiment einer „SED 2.0“ (...) mit Hilfe unserer SPD?

Nach dem 2. Weltkrieg wurden SPD-Mitglieder, die nicht der SED angehören wollten in den „Umerziehungslagern“ durch die Kommunisten eingesperrt, gefoltert und ermordet – zu diesen Taten gab es nie eine Aufarbeitung – geschweige denn eine Entschuldigung der SED-Anhänger oder deren Nachfolger. Die Verbrechen der SED-Diktatur haben viele Gesichter. Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze, Zwangsadoption, Zwangsumsiedlung, Enteignung, Folter politischer Häftlinge und vieles mehr. Die Anerkennung der DDR als Unrechtsstaat auf dem Papier reicht bei weitem nicht, um die Geschichte glaubhaft aufzuarbeiten. Man will SPD und B' 90/Grüne glauben lassen, man hätte sich von der menschenverachtenden SED-Diktatur und allen Grausamkeiten distanziert. In Wirklichkeit klopfen sich die alt Stasi- und alt-SED Genossen auf die Schenkel und verhöhnen die Opfer weiter – im Stillen – und freuen sich über die Leichtgläubigkeit der Öffentlichkeit. Wo sind die

Gelder von Zwangsarbeit in den Gefängnissen und Jugendwerkhöfen, aus Zwangsenteignung und Verkauf von Flüchtlingen an die Bundesrepublik? Auf den Konten der Partei Die Linke! Zu einer glaubhaften und aufrichtigen Aufarbeitung gehört die Entschädigung der Opfer, gehört der Ausschluss von Stasi-Spitzeln von Listen und aus den Parlamenten. Ohne diese „echte“ Aufarbeitung darf es keine Regierungsbeteiligung der SED Nachfolger in unseren Parlamenten geben!

Mit einer Stimme Mehrheit lässt sich Thüringen nicht stabil regieren, notwendige Reformen bleiben auf der Strecke. Noch ist es nicht zu spät, diesen für unsere SPD schädlichen Weg zu beenden und mit CDU und Grünen an den Verhandlungstisch zurückzukehren!

Die CDU hat viele Angebote gemacht, die unserem Land und den Menschen gut tun. Viele Ziele der SPD würden sich auch in einer stabilen Schwarz-Rot-Grünen Regierung umsetzen lassen. Die Mehrheit der Menschen in Thüringen wollen Ramelow nicht als Ministerpräsident und Die Linke nicht in Regierungsverantwortung. Wir sollten die Menschen ernst nehmen und keine Experimente wagen, die dem Land und den Menschen schaden.

Liebe SPD Mitglieder, ich bitte euch eindringlich um die Teilnahme am Mitgliederentscheid, stimmt mit „NEIN“ und rettet die Ehre der SPD in Thüringen. Denn wenn es zu einem solchen Bündnis kommen sollte, kann sich die SPD auf keinem Gebiet profilieren, da sich die Ziele und die Standpunkte deckungsgleich überschneiden. Dann braucht die SPD in Thüringen keiner mehr. Wer unzufrieden ist, wählt CDU, und wer zufrieden ist wählt Die Linke.

Damit ist das Ende der SPD amtlich und es ist nur eine Frage der Zeit, wann die nächste Wahl kommt und unsere SPD, hier in Thüringen, auf historischem Boden in die Bedeutungslosigkeit versinkt.

Ilmenau, 23.10.2014

Stefan Sandmann

→ weiter auf Seite 6 oben →

Die Koalitionszusage der SPD in Thüringen ist deren moralisches Ende

Mit tiefer Enttäuschung nahmen die ehemaligen politischen SBZ/DDR-Häftlinge zur Kenntnis, dass die Thüringer SPD bereit ist, der Partei DIE LINKE die Machtergreifung im ersten deutschen Bundesland zu ermöglichen. Die Partei, die sich einst mutig den faschistischen Ermächtigungsgesetzen widersetzt, ermächtigt jetzt die Vertreter der Stasi-Spitzel, die 40 Jahre Mitteldeutschland in Geiselschaft nahm, erstmalig die Regierung eines Bundeslandes zu okkupieren.

Der Bundesvorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) und der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) Rainer Wagner erklärte: „*Indem sich die Thüringer SPD zum Steigbügelhalter der ersten kommunistischen Landesregierung in Deutschland macht, hat sie in den Augen der früheren politischen Häftlinge in der SBZ und DDR jedes Maß an moralischer Integrität und demokratischer Glaubwürdigkeit, die sie in 150 Jahren aufgebaut hat, verloren.*“

1946 zog der erzwungene Händedruck zwischen KPD und SPD die Gründung der SED nach sich. Dies war das Todesurteil für zahlreiche aufrechte Sozialdemokraten.

Tausende von ihnen verschleppten die SED-Genossen für Jahre u. a. in das Thüringer KZ-Lager Buchenwald. Sozialdemokraten fanden, wenn sie nicht gleich zum Tode verurteilt wurden, oft ein grausames Ende in Zuchthäusern wie Bautzen oder in Sibirien oder wurden nach vielen Jahren oft als gebrochene Menschen in weitere Überwachung durch Stasi und SED entlassen.

Unter der Herrschaft der Partei DIE LINKE, die damals SED hieß, wurde Mitteldeutschland zu dem Unrechtsstaat, der seine Bürger bevormundete, entrechtete und Millionen zur Flucht trieb.

Wir hoffen, dass wenigstens die einfachen Sozialdemokraten ihrer machtversessenen Führung bei der Mitgliederbefragung ein klares Halt entgegenzusetzen.“

Berlin, 22. Oktober 2014

KEINE ZUSAMMEN- ARBEIT mit den Linken

*Brief an den Landesvorsitzenden der SPD Thüringens
Andreas Bausewein*

Lieber Andreas, zu Beginn meines Briefes möchte ich dich zur Wahl auf dem Landesparteitag am 25.10.2014 in Erfurt zum Landesvorsitzenden der SPD Thüringen herzlichst beglückwünschen. Aus der Ferne verfolge ich die Ereignisse um die SPD in meinem Heimatbundesland Thüringen. Für 2015 plane auch ich die Rückkehr nach Thüringen. Dazu läuft seit 2013 meine Bewerbung in der AWO des Landkreises Sonneberg, und somit stehe mit dem SPD-Kreisverband Sonneberg eng in Verbindung.

Meine Glückwünsche verbinde ich mit einem Appell, die Zusammenarbeit mit der Linkspartei auf Landesebene und die Unterstützung eines Ministerpräsidenten der Linkspartei zu überdenken.

In Rostock, wo ich derzeit lebe, bekomme ich die Lokalausgabe der Südhüringer Tageszeitung *Freies Wort*.

Seit der Landtagswahl vom 14.09.2014 verfolge ich die Reaktionen der dortigen Parteien.

Als ich ein Bild von Mitgliedern und Sympathisanten der Linkspartei in der Zeitung erblickte, wurde es mir anders! Dort erkannte ich Personen, die meine berufliche Entwicklung ab meinem 20. Lebensjahr (1983) in meinem damaligen Betrieb in einem VEB behindert haben. Ich bitte dich um Verständnis, dass ich als Sozialdemokrat und Opfer des MfS (ich wurde 1998 durch den Freistaat Thüringen nach dem 2. SED- UnBerG-VwRehaG für das an mir durch das MfS begangene Unrecht rehabilitiert) eine Wahl eines Ministerpräsidenten und eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei strikt ablehne.

In diesem Jahr war ich in einem Unternehmen in Rostock tätig. Mein Chef war Absolvent der Hochschule der Grenztruppen in Suhl und bis zur Deutschen Wiedervereinigung Offizier der Grenztruppen. Er wusste, dass ich als Opfer des MfS anerkannt bin. Seine Reaktionen waren entsprechend. Heute ist er allerdings Mitglied der AfD in Mecklenburg-Vorpommern.

Solche Leute befinden heute über die Existenz von Menschen und besonders für jene, die in der ehemaligen DDR Unrecht erfuhren. Deshalb möchte ich dich, den Landesvorstand und die Landtagsfraktion der SPD in jede Form bitten: KEINE ZUSAMMENARBEIT mit der Linken und keine WAHL eines Ministerpräsidenten der Linkspartei durch die SPD in meinem Heimatbundesland Thüringen.

*Liebe Grüße
in die Thüringer Heimat
von deinem Peter Heubach*

Die Instinktllosigkeit lässt keine Toleranz zu

*Austrittserklärung eines Mitglieds von B'90 / Die Grünen
nach der Koalitionszusage*

Hiermit gebe ich öffentlich meinen Austritt aus der Partei Bündnis '90/ Die Grünen bekannt. Ich bin 2009 nach langem Zögern in diese Partei eingetreten, um aus einer extremen Minderheitenposition heraus dafür zu sorgen, dass diese Partei, die sich werbewirksam für Menschen- und Bürgerrechte einzusetzen vorgibt, sich endlich der Aufarbeitung der DDR-Geschichte zuwendet.

Mit dem Eintritt der Thüringer Grünen in die Koalitionsverhandlungen mit jener Partei, die sich als DIE LINKE bezeichnet und bis auf wenige Phrasen die Übernahme der Verantwortung für das Leiden von Hunderttausenden von Menschen in der SED-Diktatur verweigert, ist für mich die Schwelle meiner politischer Toleranz überschritten. Die wenigen politischen Mitstreiter bei den Grünen, die sich weiter um die Akzeptanz der DDR-Opfer bemühen, bitte ich um Verständnis. Mit ihnen werde ich von außen gern weiter zusammenarbeiten.

Einer Partei aber, welche die Instinktllosigkeit besitzt, einem Ministerpräsidenten in den Sattel zu verhelfen, dessen Partei ihr ungeklärtes Verhältnis zur SED-Diktatur soweit treibt, dass sie eine Wiederholung unter angeblich demokratischen Vorzeichen anstrebt, kann ich mit gutem Gewissen nicht angehören.

*Dr. Christian Sachse
Beauftragter der UOKG zur
Aufarbeitung der Zwangsarbeit
in der SBZ/DDR
21. Oktober 2014*

Die Diskrepanz ist offenkundig und inzwischen unerträglich

Während ehemalige Mitarbeiter vom MfS, der Polizei, der NVA, des Zoll und anderer bewaffneter DDR-Organen hohe Renten oder Gehälter beziehen, erhalten die Opfer politischer Staatsgewalt eine sozial gebundene Zuwendung. Hierüber führte Kamerad Eberhard Pohl beim Bundesminister für Justiz ausführliche Beschwerde

Egal, dass die Erhöhung der Besonderen Zuwendung für ehemalige politische Häftlinge der SBZ/DDR von 250 auf 300 Euro zum 01. Januar 2015 nun als beschlossen gilt und somit zumindest ein kleiner Schritt erreicht wurde, fühlen sich immer noch viele SED-Opfer benachteiligt und vergessen. Vor allem ist es der Vergleich mit den früheren staatstragenden Kadern der sozialistischen Diktatur, der bei den Opfern Unverständnis hervorruft. Kamerad Eberhard Pohl wandte sich daher mit dem nachstehend abgedruckten Schreiben an den Justizbundesminister und machte auf das ungleiche Verhältnis aufmerksam.

Sehr geehrter Herr Bundesminister Maas,
die friedliche Revolution 1989 beendete die Existenz der DDR.

Seitdem und auch schon lange vorher sind für die Bundesrepublik Altlasten entstanden, die immer noch nicht ausgeräumt worden sind. Bis heute und vermutlich bis Lebensende leidet deshalb eine Minderheit, die in diesem Land keine Lobby hat:

1. Die ehemaligen politischen Häftlinge, die zu Unrecht verurteilt worden sind. Hier sind es besonders diejenigen, die nicht nur kurz, sondern jahrelang inhaftiert und/ oder zum Tode verurteilt wurden.
2. Die Angehörigen der rechtswidrig zum Tode Verurteilten oder in rechtswidriger Haft Verstorbenen. Dazu gehören die Hinterbliebenen der an Mauer und Stacheldraht der früheren Zonengrenze zu Tode gehetzten wehrlosen Flüchtlinge.
3. Die Heimkinder, die von ihren Eltern aus politischen Gründen getrennt wurden. Ebenso diejenigen politischen Häftlinge, die rechtswidrig und langjährig verurteilt wurden, um letztlich Sklavenarbeit für den DDR-Staat zu leisten, wie zum Beispiel in den "Volkseigenen Be-

trieben" (VEB), Leistungen für Bauprojekte im Land Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern (z. B. das berüchtigte VP-Präsidium in Rostock) usw..

In diesem Zusammenhang nur einige Namen:

- 1989 verabschiedete sich der DDR-Staat mit der Ermordung des Flüchtlings Chris Geoffroy.
- Peter Fechter wurde schon lange vorher zu einem Symbol für diese Menschenverachtung.
- Wolfgang Kaiser - ein Widerstandskämpfer gegen den DDR-Terror - wurde zum Tode verurteilt und geköpft.
- Der Schüler Joseph Flade wurde von der DDR-Terror-Justiz zum Tode verurteilt.

Die Liste lässt sich fortsetzen.

Massenweise liegen die Beweisunterlagen für die Unrechtshandlungen des Sowjet-/DDR-Regimes in den Landgerichten der Bundesländer, in der früheren Ermittlungsstelle in Salzgitter und in den Archiven weiterer Organisationen:

Menschenraub, rechtswidrige Freiheitsberaubung, Menschenhandel, wissentlich falsche Anschuldigungen, Willkür-Urteile, Totschlag, Mord usw.

Diese Verbrechen wurden inszeniert und begangen von dem Ministerium für Staatssicherheit ("Stasi"), der DDR-Justiz und anderen Organen.

Die verantwortlichen Täter wurden nicht zur Rechenschaft gezogen, im Gegenteil:

In Kenntnis dieser Unrechtstaten wurde - offenbar aus Gründen des politischen Opportunismus - das Wohlergehen der verantwortlichen Täterschaft gesichert. So wird z. B. den Tätern des MfS ("Stasi") seit dem Jahr 2000 eine Zusatzrente zugewilligt, die horrende Millionenbeträge erfordert. Dies gilt auch für die verantwortlichen Täter der DDR-Justiz.

Demgegenüber mussten die Verfolgten und Opfer dieses Terrorregimes bisher jahrelang und mühselig

mit Hilfe einzelner Opfervereine Entschädigungswünsche geltend machen.

Bisher ist kein befriedigendes Resultat erreicht worden; die bestehende Altlast soll sich möglicherweise durch Alterung und Ableben der Betroffenen von selbst erledigen.

So wird den Opfern dieses Terrorregimes für die an ihnen verübten Verbrechen eine ausgleichende Lösung - ggf. in Form einer Rente - vorenthalten. Stattdessen wird momentan, wie mir bekannt geworden ist, an einer Erhöhung der bisherigen - sozial abhängigen - "Besonderen Zuwendung" um 50 € gearbeitet.

Dies ist angesichts der von dem DDR-Regime begangenen Unrechtshandlungen und der den Tätern vorrangig eingeräumten Gunst - keine Strafverfolgung für die rechtswidrig begangenen Handlungen, besondere Renten für Tätigkeit in "Stasi" und DDR-Justiz usw. - eine unerträgliche Diskrepanz, die mit dem Grundgesetz (Artikel 1) nicht zu vereinbaren ist:

Die Würde und Ehre der ehemaligen politischen Häftlinge des Sowjet- bzw. DDR-Regimes wird dadurch auf das tiefste verletzt.

Auch in der historischen und öffentlichen Darstellung dieser Schattenseite des DDR-Regimes ist eine unzweideutige Klarheit durch Offenbarung der Wahrheit erforderlich. Die tausendfach vorliegenden Beweise zeigen, dass das DDR-Regime durch eine Flut von Verbrechen belastet ist, die bis heute nachwirken.

Als Bundesminister für Justiz fällt diese Altlast in Ihren Kompetenzbereich.

Ich bitte Sie deshalb hiermit wirksam tätig zu werden, um fünfundzwanzig Jahre nach Ende der DDR die bestehende und zugleich provozierende Altlast zu mildern oder gar zu beseitigen. Dies kann geschehen, indem den Opfern des SBZ/SED-Regimes eine ehrenvolle und angemessene Regelung zuteil wird.

Eberhard Pohl

Mielkes Soldaten standen quasi in den Startlöchern

Pläne für die Isolationslager unliebsamer DDR-Bürger wurden von **Reinhard Köhler** offengelegt

Vor dem Mauerfall wurde darüber gemunkelt und gemutmaßt, danach gab es aufgrund der zugänglich gewordenen Stasi-Akten glaubhafte Anhaltspunkte, anschließend geriet das Thema im Sog der allgemeinen Verharmlosung der DDR auf ein unbeachtetes Abstellgleis des Medieninteresses.

Die Rede ist von den Isolationslagern, die angesichts der Massendemonstrationen im Jahr 1989 in der DDR in den höheren Ebenen des MfS bereits konkret geplant waren. Unter dem Verweis auf eine Geheime Kommando-Sache 1/67 wurde konkret festgelegt, an welchen Stellen welche Personen auf welche Weise innerhalb von 24 Stunden festgenommen, abtransportiert und eingesperrt werden sollten. Die Ahnungen zu derartigen Plänen existierten in der DDR bereits seit Beginn der 1980er Jahre, zu einem Zeitpunkt, zu dem sie auch vom MfS entworfen wurden. Vor allem in den Strafanstalten wurde von den politischen Häftlingen voller Angst spekuliert, dass irgendwann die unregelmäßig stattfindenden Freikauftransporte nicht mehr nach Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) und von dort in die Bundesrepublik führen sollten, sondern dass Staatsfeinde und einfach nur verdächtige Bürgerinnen und Bürger aus dem öffentlichen Leben der DDR zu verschwinden hatten und sie somit in derartige Lager gebracht werden sollten (siehe u. a. „Zuchthaus Brandenburg“ von Fg-Redakteur Alexander Richter).

Im Jahr 1989 waren daher bereits flächendeckend Gebäude ausgewählt worden, in denen die Betroffenen zunächst eingesperrt werden sollten. Hierzu existierten zudem konkrete Einsatzpläne für Wach- und Kontrolldienste und auch Vorgaben über Transportwege und Versorgungsstrategien. Und natürlich gab es auch die unendlich scheinenden Listen für die infrage kommenden zu Inhaftierenden. Dazu zählten neben offen sich erklärenden Oppositionellen und Ausreiseantragsteller, die ohnehin längst unter „Operativer Kontrolle“ standen oder ohne ihr Wissen in einem „Operativen Vorgang“ (vergleichbar einem staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren) erfasst waren, auch ideologisch freie Christen sowie Beteiligte der an Zahl und Umfang stets zunehmenden Friedens- und Umweltbewegung. Insgesamt kann man von einer (vorläufigen) Zahl in Höhe von mehr als 80.000 Inhaftierten ausgehen.

Dass die konkreten Informationen nun vorliegen und sich auch einige Medien und (hoffentlich) die Politiker dafür interessieren, verdanken wir dem VOS-Kameraden Reinhard Köhler. Kamerad Köhler der als Landesforschungsbeauftragter der VOS gemeinsam mit seiner Ehefrau Brigitte Köhler ehrenamtlich im Bundesland Thüringen aktiv ist, legte nach zeitaufwändigem Aktstudium und unter Nutzung bereits vorhandener Literatur (Thomas Auerbach: Vorbereitung auf Tag den X. Die geplanten Isolierungslager des MfS) das unglaubliche (und von vielen bis heute nicht als wahr bezeichnete) Vorhaben von „Schild und Schwert der Partei“ offen und informierte auch die Tagespresse.

Kamerad Köhler fand dabei eine Menge heraus, wobei als wesentliche Erkenntnis davon auszugehen ist, dass diese Lager keineswegs nur eine Fiktion oder ein nur

auf dem Papier existierendes Projekt der Staatsmacht DDR waren. Eindeutig kann Reinhard Köhler belegen, dass Stasi-Befehlshaber Erich Mielke, von dem genug sonstige Drohungen aktenkundig sind, die Absicht hatte, den Volksaufstand vom Herbst 1989 durch diese Lager zu ersticken und das Volk wieder so weit einzuschüchtern, dass jene, die dann noch nicht inhaftiert waren, nicht mehr auf die Straße gingen und keine Drohungen gegen das MfS skandiert wurden.

Allerdings oblag der endgültige Befehl über eine derartige Aktion, die man ansonsten nur aus der Zeit des Nationalsozialismus und des Stalinismus oder von barbarischen Rundumschlägen südamerikanischer Militärjungen kennt, dann nicht allein Stasi-Chef Mielke, sondern er hätte vom Obersten Befehlshaber der DDR-Streitkräfte ausgelöst werden müssen. Wer das war, wissen wir noch zu gut: Sein Name ist Erich Honecker, der 1994 im chilenischen Exil schwer erkrankt verstarb und den die bundesdeutsche Justiz – vor allem für ehemalige politische Häftlinge aus SBZ und DDR ein undurchsichtiges Gebilde – trotz der Eindeutigkeit seiner vielfachen Schuld nicht zu verurteilen mochte. Ähnlich war es mit anderen schwer belasteten Politikern, wobei es geradezu lachhaft ist, dass man den Stasi-Chef zu guter Letzt nur wegen eines Doppelmordes an deutschen Polizisten in den 1930er Jahren zu fassen bekam.

Büßen durfte dann zuvorderst Honecker-Nachfolger Egon Krenz, der freilich statt einer Haft eine Art Außer-Haus-Aufenthalt mit Gratisverpflegung und kostenloser Unterbringung genießen durfte, worüber aber hinreichend berichtet wurde, auch in der Fg. Krenz freilich leugnet jedwedes Mitwissen, nicht nur im Falle der real existierenden Pläne für die Isolationslager.

Mitunter wird nun in den Medien behauptet, es habe zwar die Pläne, aber nie die wirkliche Absicht ihrer Umsetzung gegeben. Honecker sei ja doch ein zu guter Mensch gewesen, als dass er das hätte zulassen wollen. Welch ein Irrtum. Letztlich hatten die Greise des Politbüros vielmehr darauf gesetzt, dass wie im Juni 1953 die Panzer der Sowjets rollen und mit einem Blutbad das Ende des Volksaufstandes herbeiführen würden. Ob man dann angesichts der Botschaftsbesetzung in Prag und der Maueröffnung in Ungarn die ganze DDR endgültig zu einem Isolationslager gemacht hätte, mag nun allerdings Spekulation bleiben. Die Panzer sind nicht gerollt, die Lager nicht entstanden, und das Politbüro kapitulierte kleinlaut und ohne einen Blick für die Wirklichkeit. Darüber sind wir froh. Denn es ist nicht davon auszugehen, dass man den Aufstand im Oktober 1989 noch hätte niederschlagen können. Nicht durch Internierungslager und nicht durch Schüsse auf die eigene Bevölkerung.

B. Thonn

Zitat:

Es war nicht umsonst, dass die DDR existiert hat.

Margot Honecker, von 1963 bis 1989 Bildungsministerin der DDR, 2014 im Interview mit dem Deutschen Fernsehen. Lebt seit 1990 in Chile und bekommt immerhin (lt. v. g. Fernsehbericht) monatlich 1.500 Euro Rente aus Deutschland.

Allein, dass die Fg noch erscheint, ist für mich fast schon ein Wunder

Gedanken zur Situation der VOS und zur politischen Situation in Deutschland

Habe, Gott sei Dank, die neue Freiheitsglocke im 64. Erscheinungsjahr mit Erleichterung erhalten. Dass diese wichtige Monatszeitschrift überhaupt noch existiert und bei den Mitgliedern und Lesern weiterhin so gut ankommt, ist schon ein Wunder und eine große Leistung. Wenn man die Entwicklung im geeinten Deutschland seit dem Mauerfall und dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes und der Rechtsstaatlichkeit betrachtet, so sind da inzwischen 25 Jahre vergangen. Vieles aus dieser jüngeren Vergangenheit ist mittlerweile nicht mehr aktuell, denn neue Probleme beschäftigen die Öffentlichkeit und die Medien. Das Bundesverdienstkreuz wäre anlässlich des 25. Jahrestages der Einheit für die Bundesgeschäftsführung daher längst fällig.

Sämtliche Versuche, die VOS mundtot zu machen, sie zu spalten oder sie gänzlich zu liquidieren, sind gescheitert. Nicht mal mit den verpönten Stasi-Methoden alten Zuschnitts konnte dies – weder von außen noch von innen – gelingen. Und genau das weckt bei denen, die das Unrecht von Haft und Verfolgung erlitten haben, Solidarität und Bereitschaft zur Gegenwehr. Zusammenhalt und Kameradschaft sind für uns unabdingbar. Ebenso der Glaube an das Wort Gottes, wo es doch heißt: *Denn das Tier mit der tödlichen Wunde am Kopf wurde heil und die ganze Welt verwunderte sich.* Ich jedenfalls bin gespannt, wie die Politik am 9. November, jenem historischen Datum in der deutschen Geschichte, der VOS öffentlich Dank und Anerkennung entgegenbringt.

Zu der neuen Situation im geeinten Land gehören die Wahlergebnisse, die wir in diesem Sommer und Herbst in Deutschland erfahren haben. Diese Ergebnisse sind die Quittung für die Fehler durch Misswirtschaft und Rechtsunsicherheit, die wir in Politik und Verwaltung zunehmend erlebt haben. Damit meine ich die geringe Wahlbeteiligung, die teils unter 50 Prozent lag. Genau genommen triumphiert bundesweit auf allen Ebenen die „Partei der Nichtwähler“, zu der auch ich zähle.

Was die letzte Ausgabe der Fg betrifft, so möchte ich vor allem den Beitrag über Gino Kuhn und seine Kunst hervorheben. Seine Bilder sollten nicht nur ein Zeitzeugnis, sondern auch eine ernst zu nehmende Warnung an die heutigen Mitmenschen sein. Der „Humanismus eines Mielkes und eines Honeckers“ spiegelt sich an den Zuständen im sozialistischen Strafvollzug und an den Urteilen gegen politische Häftlinge. Ich möchte hierzu zwei Drohungen „meines“ Vernehmers anführen: „Ihren Sohn werden Sie nie wieder sehen!“ Und: „Im Westen landen Sie als Obdachloser unter einer Brücke, denn Arbeit werden Sie dort nicht finden.“ Ein solcher Umgang mit Wehrlosen bzw. Inhaftierten ist hochgradig menschenunwürdig.

Als nützlich und wichtig werte ich den Gedanken im Beitrag von AR und Frank Nemetz, eine Vernetzung der Landesgruppenvorsitzenden der VOS herzustellen. Das würde uns Fortschritte in der Rechtssicherheit schaffen und auch den inneren sozialen Aspekt des Verbandes stärken.

Klaus Bartholomay

Mir ist kein Angebot über eine Opferrente von 500 Euro bekannt

Rückschau und Widerspruch zu einem Leserbrief in der vorigen Fg-Ausgabe

Zu etwas Verwirrung führte bei mir der Leserbrief in der Freiheitsglocke 742/3 auf Seite 12 von Karl-Heinz Genath, in dem es heißt, es wurden schon einmal 500 Euro als Opferrente angeboten. Der Verfasser beruft sich auf die Bundeskanzlerin. Aber aus welcher Quelle hat er seine Information entnommen?

Leider hatte auch die Bundeskanzlerin damals keinen Bittbrief eines Häftlings angenommen und kein Angebot für eine Opferrente unterbreitet. Das können auch andere ehemalige politische Häftlinge bestätigen. Ich jedenfalls bekam auf meinen eigenen Bittbrief an Frau Merkel eine Antwort von der Staatskanzlei, in dem mir die Weiterleitung des Anliegens an das Ministerium für Finanzen mitgeteilt wurde. Aber sonst geschah nichts.

Einen Antrag auf 500 Euro Opferrente für uns ehemalige politische Häftlinge stellte hingegen die Fraktion Die Linke, damals noch PDS und unter Oskar Lafontaine und Gregor Gysi. Als Nachweis dienen die Drucksachen 14/2928 und 16/4846. Es drehte sich um das Zweite Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 17.12. 1999. Die BT- Drucksache der Linken-Fraktion enthielt als einziges Papier den Vorschlag über 500 Euro, was sogar plausibel begründet wurde. Die damals regierende SPD (mit B'90/Grüne) lehnte den Antrag ab. Offenbar hatte man vergessen, dass – wie der *Spiegel* einst berichtete – u. a. etwa 6.000 SPD-Mitglieder, die für das damalige Ost-Büro gearbeitet hatten, von eben dieser Partei verkauft und verraten wurden. Ich erinnere nur an Helmut Hiller.

Mitglieder aus früheren Zeiten wissen, dass hier eine ungute Tradition vorliegt, denn 1933 ging anlässlich des Wahlkampfes in Dresden der hämische Spruch um: „Wer hat euch verraten, es war'n die Sozialdemokraten“. Zuvor, 1929, nahm ich in Wien am Treffen der SAJ teil. Damals gehörten noch unbeugsame und geschichtsbewusste Genossen in die Reihen der SPD. Diese „alten“ Sozialdemokraten wie Erich Ollenhauer, Dr. Kurt Schumacher oder Annemarie Renger fehlen uns heute. Sie werden gebraucht, um Recht und Wahrheit, Freiheit und Demokratie zu bewahren. Und natürlich auch, um ein reales Bekenntnis für die Opfer der politischen Haft und Verfolgung aus SBZ und DDR abzulegen, womit ich klar und deutlich eine angemessene Opferpension für diese Gruppe vom Schicksal gebeutelten Menschen meine. Aber dies ist ja ein Problem, das nicht nur die SPD zu haben scheint ...

Diese mahnenden Zeilen schreibt ein gestandener Sozialdemokrat von ursprünglicher Prägung und mit vielerlei Erfahrungen aus mehreren menschenunwürdigen deutschen Gesellschaftssystemen. *Heinz Richter*

Anm. d. Red.:

1. Die genannten Unterlagen (Drucksachen 14/2928 und 16/4846) liegen in Kopie vor.
2. Heinz Richter vollendete am 4. November sein 94 (!) Lebensjahr. Er trat in frühester Jugend der SPD bei und ist ihr (dienst)ältestes Mitglied. Für die VOS spendet er immer noch große Beträge.

Man muss die Frage stellen, ob dies der ganze Dank und Lohn der Demokratie ist

Der VOS-Bundesvorstand fühlt sich bei der Erarbeitung eines Gesetzentwurfes für die Erhöhung der Besonderen Zuwendung für politische Häftlinge von SBZ/DDR übergangen

Nach wie vor ist die Erhöhung der Opferrente für fast alle Kameradinnen und Kameraden das wichtigste Thema, zu dem den Bundesvorstand Anfragen erreichen und das sich auch in der Fg widerspiegelt. Zu denen, die dieses „heiße Eisen“ immer wieder anfassen und die sich als aktive Mitkämpfer für Verbesserungen einsetzen, gehört Karl-Heinz Genath.

Um diesem Kameraden und den anderen Leserinnen und Lesern der Fg noch einmal Klarheit über die bisher erfolgten Aktivitäten des Bundesvorstandes zu geben, nimmt der stellvertretende Bundesvorsitzende Hugo Diederich (Foto) nachstehend zum Schwerpunkt-Thema „Opferrente – warum sich so wenig bewegt“ Stellung, wobei er sich auf einen Brief an das Bundesjustizministerium vom 4. September 2014 bezieht, in dem sich die VOS zum Referentenentwurf über die Erhöhung der Opferrente positionierte.

Ursprünglich sollte das Gesetz über die Erhöhung der Besonderen Zuwendung schon vor der Sommerpause des Bundestages verabschiedet werden, was wir zufällig durch einen Brief des Generalsekretärs der CDU erfuhren. Daraufhin haben wir scharf protestiert, da wir bei der Gestaltung des Entwurfes nicht einbezogen wurden. Man sandte uns mit Datum vom 17. Juni 2014 den Referentenentwurf und bat um Stellungnahme. Dies haben wir getan. Ohne weitere Rücksprache kam kurz danach die Meldung, das Bundeskabinett habe eine Erhöhung der Opferrente um 20 % beschlossen.

Es ist sehr bitter für uns, dass wir bei der Diskussion um die Erhöhung ausgeschlossen wurden, waren wir doch die Vorkämpfer, die wie unerbittliche Bohrhämmer an der Zerschlagung der Diktatur der SBZ/DDR gearbeitet haben. Zum 25. Jahrestag der Revolution schickt man sich nun an, die Bürgerrechtler zu feiern. In der vergangenen Woche fand ein Festakt zum 25. Jahrestag in Leipzig statt, Bundespräsident Gauck würdigte mit keiner Silbe die ehemaligen politischen Häftlinge.

Aber waren es nicht wir, die immer ein vereintes Deutschland wollten? Viele dieser Bürgerrechtler wollten bestenfalls eine bessere DDR.

Ich habe mal die Opferrente, gemessen an Kaufkraftverlust errechnet. Quelle ist der Verbraucherpreisindex des statistischen Bundesamtes. Die 250 €, die wir erhalten haben, haben danach noch eine Kaufkraft von 219,39 €, das heißt wir haben einen Verlust von 30,61 € zu verzeichnen. Bei einer Erhöhung um 50 € kann man sich ausdenken, dass in wenigen Jahren auch dieser kleine „Vorsprung“ wieder verbraucht ist. Ganz zu schweigen von der Gefahr einer erneut steigenden Inflationsrate.

Da muss man die Frage stellen, ist das der Dank der Demokratie an die tatsächlichen Opfer und Vorkämpfer für den Fall der Diktatur?

Für eine Erhöhung der Haftentschädigung haben wir vor Jahren auch in fünf Fällen geklagt. Die letzten beiden gingen bis zum Oberlandesgericht und wurden dort in letzter Instanz abgewiesen. Es waren unsere Kamera-

den Wolfgang Stiehl und Werner Dietz, die beide inzwischen verstorben sind.



Auf eine Erhöhung der Opferrente zu klagen wird weit schwieriger sein, da es dafür keine Rechtsgrundlage gibt. Für die Täter gab es durch das Arbeitsrecht und das Lohn- und Gehaltsgefüge der DDR Rechtsgrundlagen, die mit dem Einigungsvertrag übernommen wurden. Zwar hat der Bundestag für einige Nomenklatura eine Kappung durchgesetzt, jedoch klagten die Täter erfolgreich bis zum Bundesverfassungsgericht. Ich kann mich noch an eine Schlagzeile in der Bild-Zeitung erinnern, wo eine Nachzahlung von über 106.000 € an einen Einzelnen gewährt wurde.

Wir sind nicht untätig und versuchen weiterhin Einfluss auf die Politik zu nehmen. Verschiedentlich wurden Petitionen beim Bundestag eingereicht.

Unsere Lobby ist leider beschränkt, viele Betroffene sind im hohen Alter oder gesundheitlich geschädigt. Wir können diese nur mühsam ausbauen, indem wir alle versuchen uns stetig zu Wort zu melden und uns besser und breiter zusammenzuschließen.

Wir haben nicht nur Forderungen in finanzieller Hinsicht, wir haben auch ein Vermächtnis. Dies ist in erster Linie, nie wieder eine linke Diktatur zuzulassen. Eine Partei Die Linke, Nachfolger und Erbe der SED, schickt sich an, einen Ministerpräsidenten in Thüringen zu stellen. Wo sind die Bürgerrechtler von einst? Völlig ungeübt stehen SPD und Grünen hinter dieser Koalition, damit sie mitregieren können.

Dennoch gilt nach wie vor für uns eine Devise: Packen wir's an.

Hugo Diederich

Künstlerisch kreativ für Gedenken an die Verfolgten und Opfer

Der November bietet nicht nur Reden und Beteuerungen zum 25. Jahrestag des Mauerfalls!

Die Initiative Mahnmal für die Opfer des Kommunismus veranstaltete am 6. November 2014 eine PERFORMANCE der Tanzkompanie Golde Grunske vor den Weißen Mauerkreuzen am Berliner Reichstagsgebäude. Die Choreographin Golde Grunske, die bereits das Leiden der Insassen des Torgauer Jugendwerkhofes und des Cottbusser Zuchthauses in sehr eindrücklichen Bildern sinnlich erfahrbar gemacht hat, will mit dieser Aufführung unsere Forderung nach einem zentralen Mahnmal für die Opfer des Kommunismus unterstützen.

Dr. Christian Sachse

Satzung der
VOS — Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus
In dieser Fassung beschlossen am 12. April 2014



§ 1 Name und Sitz

(1) Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus, im folgenden VOS genannt, ist ein rechtsfähiger Verein.

(2) Der Verein führt den Namen:

„VOS — Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus"

(3) Gründungstag ist der 9. Februar 1950.

(4) Seit dem 1. Juli 1998 befindet sich der Sitz der VOS in Berlin. Gerichtsstand und Erfüllungsort ist Berlin.

§ 2 Zweck und Ziele

(1) Die VOS ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig und bezweckt den Zusammenschluss der Gegner und Opfer des Kommunismus. Opfer des Kommunismus sind neben den ehemaligen politischen Häftlingen alle die Personen und ihrer Hinterbliebenen, die im kommunistischen Machtbereich aus politischen Gründen verfolgt wurden.

(2) Natürliche und juristische Personen, die die Bestrebungen der VOS unterstützen und fördern wollen, können Mitglieder werden, wobei juristische Personen kein Stimmrecht haben.

(3) Die Kameradschaftlichkeit der Mitglieder, eine besondere Form der gegenseitigen Hilfe, Verlässlichkeit, Sorge und Achtung für den anderen ist eine tragende Säule. Interne Schwierigkeiten, Meinungsverschiedenheiten oder Streit gehören nicht in die Öffentlichkeit. Mitglieder mit einem solchen Verhalten handeln gegen die Interessen der VOS und verstoßen gegen die Satzung.

(4) Die VOS verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Arbeitsbedingte pauschale Aufwandsentschädigungen des geschäftsführenden Bundesvorstandes bedürfen eines Beschlusses des Gesamtbundesvorstandes. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Der Wirkungskreis der VOS umfasst die Bundesrepublik Deutschland.

(5) Die VOS setzt sich für die Rechte der ehemaligen politisch Verfolgten bzw. ihrer Hinterbliebenen ein. Sie fordert Wiedergutmachung gegenüber den Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft.

(6) Die VOS versteht sich als Gegner des Kommunismus. Die VOS setzt sich für die Verhinderung neuer Wege zum Kommunismus ein und fordert eine Aufarbeitung der SED-Diktatur.

(7) Die VOS nutzt die besonderen Erfahrungen der Opfer politischer Verfolgung bei der Aufarbeitung der Vergangenheit, bei der Aufklärung der Öffentlichkeit und zur Festigung der Demokratie. Hierbei sollte auch die Zusammenarbeit mit anderen Opfernverbänden gleicher Zielrichtung in der Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen und Aktivitäten genutzt werden.

(8) Die VOS fördert diese Bestrebungen auch durch Herausgabe einer Verbandszeitung mit dem Titel "Freiheitsglocke" sowie durch Pflege einer informierenden Internetseite mit Magazin Charakter und insbesondere durch Zeitzeugengespräche der von politischer Verfolgung in den Diktaturen Betroffenen in Unterrichtsveranstaltungen von Schulen und Gymnasien.

§ 3 Mitgliedschaft

(1) Mitglied des Vereins kann jede der in § 2 genannten Personen sein, wenn sie die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerte freiheitlich demokratische Grundordnung bejaht und die Satzung als verbindlich anerkennt.

(2) Mitglied des Vereins kann nicht sein, wer wegen eines Verbrechens oder Vergehens bestraft worden ist.

(3) Mitglied des Vereins kann nicht sein, wer das Repressionssystem der DDR aktiv durch Mitgliedschaft beim MfS oder in der SED unterstützt hat. Die Mitglieder des Vorstands haben eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der BStU vorzulegen.

(4) Mitglied des Vereins kann nicht sein, wer durch sein Verhalten oder seine Äußerungen zu erkennen gibt, dass er die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes nicht unterstützt, ablehnt oder bekämpft.

(5) Mitglied des Vereins kann nicht sein, wer durch Mitgliedschaft oder in anderer Form extremistische oder verfassungsfeindliche Parteien oder Organisationen unterstützt, die als solche vom Verfassungsschutz eingestuft werden.

(6) Juristische Personen, die die Ziele und Aufgaben der VOS bejahen und diese unterstützen wollen, können als fördernde Mitglieder in die VOS aufgenommen werden. Das aktive und passive Wahlrecht ist für diesen Personenkreis jedoch ausgeschlossen.

§ 4 Entstehung der Mitgliedschaft

(1) Der Antrag auf Aufnahme ist schriftlich, mittels vorgeschriebenem Formblatt, bei der für den Wohnsitz des Antragstellers zuständigen Verbandsstufe oder bei der Bundesgeschäftsstelle zu stellen.

(2) Über die Aufnahme entscheidet der geschäftsführende Bundesvorstand, bei Landesverbänden mit dem Status eines eingetragenen Vereins der Landesvorstand. Er kann die Aufnahme ohne Angabe von Gründen abzulehnen.

(3) Die Aufnahme gilt mit Aushändigung des Mitgliedsausweises und der Satzung als vollzogen.

(4) Der Mitgliedsausweis bleibt Eigentum der VOS.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft endet

a) durch freiwilligen Austritt. Der freiwillige Austritt kann jederzeit durch schriftliche Erklärung gegenüber dem geschäftsführenden Bundesvorstand oder Landesvorstand mit Wirkung zum Ende des Kalenderjahres erfolgen.

b) durch den Tod.

- c) durch Ausschluss. Ein Mitglied kann nach schriftlicher Anhörung und nach Anhörung des Vorstands der zuständigen Bezirks- und Landesgruppe durch den geschäftsführenden Bundesvorstand, bei Landesverbänden mit dem Statuseines eines eingetragenen Vereins durch den Landesvorstand ausgeschlossen werden, wenn einer der folgenden Ausschließungsgründe gegeben ist:
1. Handlungen, die gegen die Interessen der VOS gerichtet sind oder ihrem öffentlichen Erscheinungsbild als Opferorganisation schaden.
 2. Strafbare Handlungen vor und/oder während der Mitgliedschaft und grobe Verstöße gegen die Satzung gemäß § 2 und § 3 der Satzung.
 3. Wissentlich falsche Angaben im Aufnahmeantrag.
- d) durch Streichung aus dem Mitgliederverzeichnis. Ein Mitglied kann durch den geschäftsführenden Bundesvorstand, bei Landesverbänden mit dem Status eines eingetragenen Vereins durch den Landesvorstand, aus dem Mitgliederverzeichnis gestrichen werden, wenn es länger als 12 Monate mit seinem Beitrag im Rückstand ist und bereits einmal per Einschreiben oder sonst nachweislich und schriftlich unter Hinweis auf § 5 der Satzung gemahnt wurde.

(2) Ein Ausschluss oder eine Streichung ist dem Mitglied schriftlich unter Angabe der Gründe an seine letzte bekannte Adresse mitzuteilen.

(3) Wird ein Mitglied ausgeschlossen oder aus dem Mitgliederverzeichnis gestrichen, steht ihm innerhalb einer Frist von vier Wochen das Recht auf Beschwerde beim Gesamtbundesvorstand zu, der darüber mit einfacher Mehrheit entscheidet. Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen und zu begründen.

(4) Hat der Verein ein Schiedsgericht nach § 18 Abs. 2 bestellt, so kann gegen den Entscheid über die Beschwerde (Absatz 3) unter Ausschluss des Rechtsweges innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe das Schiedsgericht angerufen werden, das abschließend entscheidet. Sonst ist die Anrufung der ordentlichen Gerichtsbarkeit nicht ausgeschlossen.

(5) Landesgruppen können sich als Landesverbände mit der Rechtsform eines eingetragenen Vereins konstituieren. Deren Satzung soll der Satzung des Gesamtverbandes nicht widersprechen. Stimmt ein Landesverband e. V. einer übereinstimmenden Satzung der VOS e. V. nicht zu, entzieht der Bundesverband die Berechtigung, den Namen der VOS zu führen.

§ 6 Aufnahmegebühr und Beitragsentrichtung

(1) Die Aufnahmegebühr beträgt Euro 2,60. Sie ist bei Einreichung des Aufnahmeantrages zu entrichten.

(2) Die Höhe des monatlichen Beitrages wird von der Generalversammlung beschlossen. Er ist eine Bringeschuld und ist auf das Konto der VOS Bundesgeschäftsstelle einzuzahlen. Bei bargeldloser Überweisung gilt der Post- bzw. Bankabschnitt als Quittung.

(3) Der geschäftsführende Bundesvorstand kann auf Antrag Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Empfängern kleiner Renten, Schülern und Studenten den monatlichen Beitrag ermäßigen oder in besonders gelagerten Fällen befristet erlassen.

(4) Die Generalversammlung beschließt jeweils für die Dauer der Amtsperiode des Bundesvorstandes über die Aufschlüsselung der Aufnahmegebühr und des Mitgliedsbeitrages.

(5) In Fällen eines außerordentlichen Finanzbedarfs kann der Bundesvorstand mit Zustimmung der Generalversammlung einmalige Umlagen bis zur Höhe eines Monatsbeitrages von den Mitgliedern beschließen. Die Zustimmung gilt als erteilt bei einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

(6) Etwaige Überschüsse dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder haben im Falle ihres Ausscheidens oder bei der Auflösung oder Aufhebung der Vereinigung keinen Anspruch auf das Vereinsvermögen.

(7) § 7 Gliederung

(1) Die VOS gliedert sich in Bezirks- und Landesgruppen. Allgemein gilt das Territorialprinzip. Die Mitglieder gehören jener Bezirks- und Landesgruppe an, die ihrem Wohnort am nächsten liegt.

(2) Eine Bezirksgruppe umfasst jeweils einen oder mehrere untere Verwaltungsbezirke. Sie führt den Namen des Verwaltungsbezirks, an dem sie ihren Sitz hat, gegebenenfalls mit dem Zusatz "mit den Stadt- und Landkreisen." Der geschäftsführende Bundesvorstand bestimmt im Einvernehmen mit der betreffenden Verbandsstufe den räumlichen Umfang einer Bezirksgruppe.

(3) Die Bezirksgruppen eines Bundeslandes bilden eine Landesgruppe mit dem Namen des betreffenden Bundeslandes.

(4) Situationsbedingte Ausnahmeregelungen für Abs.1 bis Abs.3 kann der Bundesvorstand im Einvernehmen mit den betreffenden Bezirks- oder Landesgruppen treffen. Zusammenschlüsse von Landesgruppen sind möglich.

(5) Landesgruppen können sich als Landesverbände mit der Rechtsform eines eingetragenen Vereins konstituieren. Deren Satzung soll der Satzung des Gesamtverbandes nicht widersprechen.

§ 8 Organe

(1) Organe der VOS sind:

- a) die Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe (abgekürzt: Mitgliederversammlung),
- b) die Delegiertenversammlung der Landesgruppe (abgekürzt: Delegiertenversammlung),
- c) die Delegiertenversammlung der Vereinigung (abgekürzt: Generalversammlung),
- d) der Bezirksgruppenvorstand,
- e) der Landesvorstand und
- f) der Bundesvorstand.

(2) Mitglieder eines Organs der VOS können in dringenden Bedarfsfällen auch Mitglieder eines befreundeten Verbandes mit gleicher Zielstellung sein. Die Organe sind berechtigt, Anträge zur Generalversammlung einzubringen.

(3) Vorstandsmitglieder können entgeltlich im Verein beschäftigt werden.

Auch Satzungsämter können entgeltlich ausgeübt werden. Die Entscheidung darüber trifft jeweils der Gesamtbundesvorstand. Hierbei sind die Beisitzer in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Gleiches gilt für die Vertragsinhalte und die Vertragsbeendigung.

§ 9 Mitgliederversammlung

Mitgliederversammlungen sind nach Bedarf einzuberufen. In den Monaten Januar bis März eines jeden Jahres mit gerader Zahl (Fristüberschreitungen kann der Bundesvorstand genehmigen) tritt an die Stelle der ordentlichen Mitgliederversammlung die Hauptversammlung der Bezirksgruppe. Ihr obliegt vor allem die Wahl des Bezirksgruppenvorsitzenden, des Delegierten, des Rechnungsprüfers und deren Stellvertreter. Vorsitzende werden auf Antrag geheim gewählt.

„Ich habe ja mal hier gewohnt!“ – Der sanfte Mond über Waldheim

Ex-Häftling Jörg Bilke kehrt in diesem Jahr zum dritten Mal an die Stätte seines Leidens zurück

Dreimal war ich in diesem Jahr in Waldheim.

Am 14. Juli, als ich im Strafvollzugsgebäude, der „Bremen“, erfuhr, unter welchen luxuriösen Bedingungen die Häftlinge heute im Zuchthaus Waldheim leben, am 25. August, als ein Team des „Mitteldeutschen Rundfunks“ (MDR) mit mir dort vier Stunden drehte, und am 1. Oktober, als im Sitzungssaal des Rathauses Friedemann Schreiters Buch „Strafanstalt Waldheim“ vorgestellt wurde.

Der 25. August war der 50. Jahrestag meiner Entlassung aus Waldheim. Wir waren 888 DDR-Häftlinge, die im Sommer 1964 für 32 Millionen Westmark freigekauft wurden, weil der devisengierige SED-Staat ohne „kapitalistische“ Finanzhilfe aus Westdeutschland offenbar nicht existieren konnte.

Anlass des Interviews mit mir war der 50. Jahrestag des Beginns der Freikäufe von DDR-Häftlingen. Ich war schon am Vortag nach Leipzig gefahren, um Erich Loests Witwe zu besuchen. Am Montagmorgen holten mich dann zwei junge Männer vom MDR ab und fuhren mit mir nach Waldheim, wo uns schon eine Kamera-Dame aus Dresden erwartete. Drehen durften wir nur im Verwaltungstrakt, wo es eine nachgebaute Zelle aus dem Jahr 1927 gibt, die unseren Zellen ver-teufelt ähnlich sah. Nur hatten wir keine Einzelzellen, sondern mussten zu viert jahrelang in einer Zelle hausen, an deren Tür stand „9,2 Quadratmeter, zwei Häftlinge“.

Noch enger wurde der Raum durch zwei Doppelpritschen und den Kübel, der jeden Morgen um 4.00 Uhr geleert werden musste.

Als wir dann in das „Museum des sächsischen Strafvollzugs“ gleich nebenan gingen, sagte die Kamera-Dame zu mir: „Sie kennen sich ja gut aus hier!“, und ich entgegnete: „Ich habe ja mal hier gewohnt!“

Einige Szenen wurden unter der uralten Linde vor dem Gebäude gedreht, die 1719 gepflanzt worden war und immer noch steht. Von den vier Stunden Rohmaterial wurden abends in den ARD-Tagesthemen lediglich zweieinhalb Minuten gesendet.

Ein weiterer Besuch fand sechs Wochen später statt. Es war am 1. Oktober, da verließ ich die Autobahn Chemnitz/Dresden an der Ausfahrt „Hainichen, Mittweida, Waldheim“ und musste dann noch 16 Kilometer über die Dörfer fahren, bis ich den Niedermarkt in Waldheim erreichte. Ich hatte noch etwas Zeit und flanierte durch das idyllische Städtchen, das an der Zschopau liegt und deshalb auch den Namen „Perle des Zschopau-Tals“ trägt.

Um 19.00 Uhr begann die Buchvorstellung, zu der leider nur 30 Besucher erschienen waren. In der ersten Reihe saßen der Bürgermeister Steffen Blech (CDU), der Leitende Regierungsdirektor Harry Kempf, der Direktor der Justizvollzugsanstalt und Michaela Tiepner, die Pressesprecherin der Anstalt. Vorn am Tisch saßen Autor Friedemann Schreiter und Dr. Patrick Oelze vom Christoph-Links-Verlag in Berlin.

Es war schon befremdlich, dass keiner der Zuhörer im Saal wissen wollte, was sich in den 40 DDR-Jahren hinter den hohen Mauern, die man täglich sehen konnte, abspielte. Wie Friedemann Schreiter einleitend sagte, war das Zuchthaus in allen Geschichtsepochen seit 1716, also auch schon im 18./19. Jahrhundert, ein Wirtschaftsfaktor ersten Ranges. Die Stadt lebte von dem, was die 1.700 Häftlinge (Zahl um 1960) an Nahrung, Kleidung und medizinischer Versorgung benötigten. Nach des Buchlektors Patrick Oelze einleitenden Worten las Friedemann Schreiter das Kapitel „Abrechnung. Die Waldheimer Prozesse 1950“ (Seite 160 bis 164) und gab dann einen Überblick über den Aufbau des Buches, wobei kritisch anzumerken ist, dass die 40 DDR-Jahre mit acht Seiten, wovon allein dem Schicksal Edeltraut Eckerts (1930 bis 1955) sieben Seiten gewidmet sind, ziemlich kurz dargestellt werden.

Als ich mich in der Diskussion zweimal zu Wort meldete und von meinen Waldheimer Erfahrungen 1962/64 berichtete, gab es keine Nachfragen. Ich wunderte mich, dass niemand im Saal, der in Waldheim gelebt hat, wissen wollte, was hinter diesen hohen Mauern an

Schrecklichem passiert ist. Es kam mir so vor, als wirkten hier noch immer die von der Wachmannschaft der „Volkspolizei“ verbreiteten Legenden nach, sie hätten nur ganz gefährliche Schwerverbrecher zu bewachen.

Jedenfalls habe ich beschlossen, in absehbarer Zeit Waldheim einmal über meine Erlebnisse einen Vortrag zu halten. Als ich um 20.30 Uhr das Rathaus verließ, um nach Coburg zurückzufahren, hing ein sanfter Mond über der Stadt.

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Edeltraut Eckert: ihr unnötiger, tragischer Tod

Ein Nachsatz des Redakteurs

Edeltraut Eckert gilt als großartige „Haftdichterin“. Sie war in den 1950er Jahren im Zuchthaus Waldheim inhaftiert, nachdem sie als Zwanzigjährige zu einer Freiheitsstrafe von 25 Jahren verurteilt worden war. Sie hatte in Potsdam und Umgebung Flugblätter verteilt, in denen zum Widerstand gegen die sowjetsozialistische Diktatur aufgerufen wurde. In der Haft begann sie, Gedichte zu schreiben, die sie ihren weiblichen Mitgefangenen vortrug und wodurch sie sich große Sympathien erwarb. Bei der Arbeit erlitt sie dann einen schweren Unfall. Ihr Haar, das ungeschützt war, geriet in eine Bandanlage und wurde komplett samt Kopfhaut abgezogen. Sie wurde daraufhin unter Bewachung in ein Krankenhaus eingeliefert und hätte bei korrekter medizinischer Behandlung überleben können.

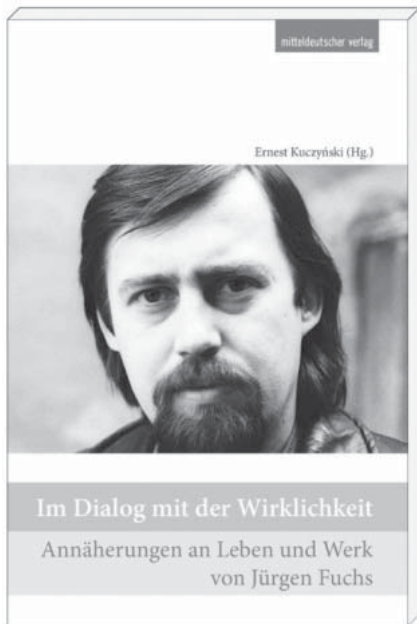
Durch die unzureichende medizinische Versorgung kam es jedoch zu einer schweren Infektion, durch die die junge Frau verstarb. Ihre Angehörigen wurden – wie üblich – nur unzureichend informiert, so dass die eigentliche Aufklärung des skandalösen Todesfalles erst nach Öffnung der Akten nach dem Mauerfall erfolgen konnte. Über den kompletten Fall wurde in der Fg bereits – u. a. in der Vorstellung ihrer Biografie von Dr. Jürgen Blunck – ausführlich berichtet. Auch in der Festschrift zum 50. Jahrestag der VOS wurde auf diese bemerkenswerte Kameradin eingegangen.

A. R.

Aufrecht, konsequent und ungebrochen

Weggefährten und Oppositionelle erinnern in einem Sammelband an Jürgen Fuchs

Es ist kaum zu glauben, dass sein Tod nunmehr 15 Jahre zurückliegt, wirken doch sein Schaffen und seine Präsenz so nachhaltig in unsere Zeit, dass wir meinen, er müsste noch immer in unserer Mitte sein.



Jürgen Fuchs war einer von denen, die ihre Existenz und letztlich auch das Leben geopfert haben, um den nachfolgenden Generationen ein Leben in Freiheit und Einheit zu ermöglichen und das geschichtliche Vergessen des in der DDR geschehenen Unrechts zu verhindern. Er gehört zu denen, die an diesem Unrecht wie auch an der Teilung Deutschlands und der SED-Diktatur extrem gelitten haben und für deren Überwindung kämpften. Nur wenige sind so gnadenlos wie er überwacht, gedemütigt und in Misskredit gebracht worden. Dennoch hat er sich nie unterkriegen und nicht auf den falschen Weg bringen lassen.

In dem nun erschienenen Buch, das mit der Förderung des Landesbeauftragten von Sachsen erschienen konnte, kommen Weg- und Leidensgefährten zu Wort, die an den aus dem vogtländischen Reichenbach stammenden Bürgerrechtler erinnern und das Wirken und die Verdienste von Jürgen Fuchs aus persönlicher Sicht, dennoch in Wechselwirkung mit dem selbst erlebten Zwangsregime, beschreiben.

Valerie Bosse

Impulsgeber für die Freiheits-Demos

Ein Buch zum 70. Geburtstag von Pfarrer und Bürgerrechtler Christoph Wonneberger

Untrennbar ist der Name Christoph Wonneberger mit den Herbst-Demonstrationen des Jahres 1989, aber auch mit den seit 1986 initiierten Friedensgebeten in der Leipziger Nikolai-Kirche verbunden.



Wonneberger gilt als einer der wichtigen Wegbereiter der Friedlichen Revolution in der DDR. Als Pfarrer in Leipzig war er hier unmittelbar in die Vorbereitungen der Friedensgebete involviert und erwies sich den vielen anderen Mutigen als Vorbild und Vorposten der Demonstrationen.

Mag es im Nachhinein manchem Betrachter als ungefährlich erscheinen, so war sich Wonneberger ebenso wie die anderen Hauptakteure der Gefahr bewusst, die von den Kampf- und Sicherheitsorganen der DDR ausging. Insonderheit sein Interview mit den westdeutschen Tagesthemen am 9. Oktober 1989 zeugt von großer Konsequenz, aber auch vom Glauben an den Sieg der Demokratie.

Das nunmehr in der Reihe des sächsischen Landesbeauftragten erschienene Buch von Thomas Mayer über jenen Mann, der auch trotz eines Hirnschlages nicht aufgegeben hat, ist neben der Würdigung Wonnebergs auch eine Rückbetrachtung jener Zeit, die die DDR wie ein Sturm hinwegfegte.

Winfried Glaubitz

Sein Tod bleibt für uns unbegreiflich

Jürgen Eifler mit 70 verstorben

Im November mussten wir mit tiefer Betroffenheit zur Kenntnis nehmen, dass Herr Jürgen Eifler aus Döbeln verstorben ist. Jürgen Eifler hat für den Waldheim-Kameradschaftskreis seit ca. 1995 an den drei Gedenkstätten in Döbeln und Waldheim in vorbildlicher Weise dafür gesorgt, dass Kränze und Gestecke niedergelegt und die Gedenkorte in Ordnung gehalten wurden. Die Gedenkstätte im Krematorium in Döbeln wird seit vielen Jahren von der Stadt Döbeln gepflegt, die beiden Gedenkstätten in Waldheim (am Kornhaus hinter der JVA und in der Gartenstraße) werden durch Freigänger der JVA Waldheim in Ordnung gehalten.

Wir sind sehr dankbar, dass das so geregelt werden konnte. Auch jetzt, ein Jahr nach dem Ableben von Jürgen Eifler, ist sein Tod für uns nicht begreifbar. Jürgen Eifler wurde 70 Jahre alt und ist in Döbeln in einem Gemeinschaftsgrab beigesetzt. Wir vergessen nie, was er für den Waldheim-Kameradschaftskreis getan hat. 1992, als die Gedenkstätte in Döbeln eingeweiht wurde, lernten wir Jürgen Eifler kennen. Er hatte in meinem Buch „Unschuldig in den Todeslagern ...“ den Namen seines Vaters entdeckt, der in Waldheim auf dem Weg zu seiner Firma viele Jahre zuvor verhaftet worden war und seitdem als „verschollen“ galt. Seitdem suchten Herrn Eiflers Mutter und er nach dem Verbleib – ohne Erfolg. Wie sich herausstellte, war er auf dem sogenannten Beamtenfriedhof in Waldheim, der 1992 eine Müllhalde war, namenlos „beerdigt“. Der ehemalige Waldheim-Häftling Rudolf Hinrichs gab den entscheidenden Hinweis, dass dort ehemalige Häftlinge liegen. Nach Räumung durch die Stadt Waldheim wurden nach Probegrabungen die Gebeine der Verstorbenen und die des Vaters von Jürgen Eifler entdeckt und mit der Hilfe der Stadt Waldheim eine Gedenkstätte angelegt. Zu dieser Zeit begann die Zusammenarbeit des Waldheim-Kreises mit Jürgen Eifler, die im November 2013 so jäh endete wurde. Da ich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr nach Waldheim komme, bedaure ich es sehr, die letzte Ruhestätte nicht besuchen zu können. ABER VERGESSEN WERDEN WIR IHN NICHT! Benno Prieß



Die DDR – ein Land der Unzufriedenen

Ist die Bürgerbewegung nicht zwangsläufig eine Folge der politischen Haft gewesen?

Erinnert sich noch jemand, wie das damals war? Nach dem Mauerbau? Als in der DDR immer wieder Ausreisearträge gestellt wurden, als die Menschen trotz aller Gefahren und aller Warnungen versuchten, über die Mauer in den Westen zu fliehen und als sich DDR-Urlauber in den Hauptstädten der „Bruderländer“ in die Botschaften der Bundesrepublik schlichen, um sich nach Möglichkeiten zur Ausreise zu erkundigen.

Seit die Grenze zur Bundesrepublik geschlossen war, versuchten DDR-Bürger auf unterschiedlichste, oft kuriose Weise die DDR zu verlassen. Vielen war klar, dass sie in der Haft landen würden, andere setzten bei Fluchtversuchen sogar ihr Leben ein – und verloren es.

Es war in der DDR eine Situation, entstanden, über die man meist nur hinter vorgehaltener Hand tuschelte, von der jedoch alle wussten.

Über fast drei Jahrzehnte lebte die Gesellschaft der DDR quasi mit einem Sog, der sie jährlich etliche Einwohner verlieren ließ. Teils durch die direkte Ausreise oder die Flucht in den Westen, teils auch durch politisch geprägte Gerichtsurteile, die zu Haftstrafen und anschließend zum Freikauf durch den Westen führten. Natürlich war es nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der in diesem Sog das „sozialistische Vaterland“ verließ. Das Besondere jedoch war, dass all jene, die in der DDR blieben, in Unruhe, Unzufriedenheit und in Wut lebten. Die Wut galt der Regierung, dem Staat, der SED und den Blockparteien. Sie war nicht erst im Jahr 1989 da, sondern schon immer. Sie führte mehr und mehr dazu, dass sich Menschen zusammenschlossen und in Demonstrationen zogen, wie sie die deutsche Geschichte noch nicht erlebt hat, um – irgendwie – diesen Staat DDR zu beseitigen. Dass das gelang, ist demnach nicht eine Folge der 1989er Herbst-Demos, sondern diese Herbst-Demos sind vielmehr eine Folge des jahrzehntelangen politischen Widerstands und der Opferbereitschaft vieler tapferer Menschen. *H.D.*

Die Massen gedachten des Datums in Frieden

Leipziger Lichtfest sieht mehr als 200.000 Demonstrierende?

Der 9. Oktober 1989 gilt als Tag des Durchbruchs. Bundespräsident Gauck stellte es demzufolge ganz richtig fest: Ohne diesen 9. Oktober hätte es auch keinen 9. November mit dem einmaligen Geschichtsergebnis der Mauereröffnung gegeben.

In diesem Jahr wurde dieses Datum feierlich begangen. Nicht nur mit einem Festakt, an dem Ehrengäste und einstige Aktive – übrigens auch zahlreiche Vertreter der VOS – teilnahmen, sondern so wie damals mit einem Friedensgebet in der Nikolaikirche, zu dessen Anlass auch der 1989 amtierende US-Außenminister James Baker redete, und am Abend mit einem Lichtfest, das zum frühen Abend mit den Ansprachen mehrerer Bürgerrechtler aus dem Ausland beginnen und nachher mit einem Kerzenmarsch durch die Metropole Leipzig fortgesetzt werden sollte.

Ganz Leipzig – und viele Besucher – waren an diesem Abend auf den Beinen, und man sah deutlich, wie stolz die Einwohner der Metropole auf diesen geschichtlichen Sieg sind und wie sehr sie die Demokratie genießen.

Den Beginn des Lichtermarsches an diesem 9. Oktober kann man allerdings nicht als gelungen bezeichnen, da sich vor dem Podium ein Stau bildete, in dem zahllose Menschen zu einer riesigen Traube zusammengedrückt wurden und eine ähnliche Situation entstanden war wie vor fünf Jahren bei der Duisburger Loveparade, als es wegen fehlender Ausgänge zu einer Massenpanik und 15 Toten gekommen war. Auch hier, in Leipzig, drängten von hinten zunehmend Menschen nach, während vorn das Tor geschlossen blieb. Polizei und Ordner versäumten es einzugreifen, indem sie den Zustrom stoppten und vorn die Gitter entfernten, um den Zug in Bewegung zu setzen.

Man stelle sich vor, die eingezwängten Menschen wären nicht so diszipliniert und besonnen gewesen, wie sie es dann waren. Die Veranstaltung, die an ein großes Ereignis erinnerte, hätte einen bösen Verlauf nehmen können. *B. Thonn*

Maukorberlass als Linke Ideal-Lösung

Der Bundespräsident soll schweigen. Nur weil er der Bundespräsident ist?

Volltreffer oder Eigentor? Als Joachim Gauck – für viele Opfer des SED-Staates war es eine Erlösung – endlich aussprach, was es in der Tat auszusprechen galt, reagierte die Linke (die sich damit nicht nur gefühlt als Ex-SED outete) mit einem Aufschrei. Es war dies die Frage, ob diese Partei, die ihr Erbe immer noch nicht abgeschüttelt hat, denn quasi befugt sei, in der neuen Bundesrepublik den Ministerpräsidenten eines Bundeslandes zu stellen.

Wie üblich haben sich – mit Ausnahme des Kandidaten Bodo Ramelow – die Spitzenfunktionäre dieser Partei nicht damit befasst, auf die Frage inhaltlich einzugehen und einfach ja oder nein zu sagen und dies zu begründen, sondern man hat sich schlicht die Frage verbeten. Und das ist so richtig die Gangart der alten SED. Wer im Staat dieser damals so großartig sich aufführenden Partei eine Wahrheit aussprach oder eine Frage anriss, auf die die Genossinnen und Genossen keine reguläre Antwort zu geben wussten, der wurde – und dies ist keine Übertreibung – der Lüge, des fehlenden Klassenstandpunktes oder eben der Spionagetätigkeit für den Westen bezichtigt. Revanchismus, Revisio-nismus, Pluralismus, Chauvinismus, Katholizismus und wie die Schlagworte sonst lauteten, die man immer bei der Hand hatte.

Nun sind wir wieder soweit. Hier stellt einer die Frage nach der politischen Lauterkeit – nicht eines einzelnen Politikers, sondern einer ganzen Partei. Und da es der Bundespräsident ist, der dies tut, hat man prompt einen passenden Aufhänger, um ihn in alter SED-Manier abzumahnern: Jemand aus diesem Amt ist dazu nicht befugt! Und zwischen den Zeilen kann man lesen: Dazu ist überhaupt niemand befugt, und daran haben sich seit langer Zeit die meisten Leute im Land – voran die SPD-Vertreter – gehalten. Aber Gauck sei Dank wurde die Linken-Frage nun doch wieder gestellt. Man darf hoffen, dass das künftig wieder häufiger geschieht. *Tom Haltern*

Darf man auch heute nichts mehr sagen?

*Gilt Meinungsfreiheit nur für Altkader und Rechthaber? –
Eine Warnung an alle SED-Opfer, die sich auf Jobsuche befinden*

Ich wende mich heute an Kameradinnen und Kameraden, die sich im berufstätigen Alter befinden und möchte speziell ihnen meine Erfahrungen schildern: Im Jahr 1991 begann ich eine Tätigkeit als Rettungsschwimmer in der Stadtverwaltung Sonneberg. Hier qualifizierte ich mich zum Schwimmmeistergehilfen (Fachangestellter für Bäderbetriebstechnik).

Während der Zeit in der ehemaligen DDR konnte ich nicht in dieser Tätigkeit arbeiten. Ich war als Hilfsarbeiter abgestempelt, da ich beim MfS in Ungnade gefallen bin. 1995 wurde ich von dieser Tätigkeit „entbunden“. Erst 1998 erfolgte meine Rehabilitierung nach dem 2. SED-UnBerG, und ich war solange einem Mobbing ausgesetzt. Ich musste eine Kündigungsschutzklage einreichen und verzog nach Rostock, wo ich versuchte, erneut im Öffentlichen Dienst Fuß zu fassen, was leider ohne Erfolg blieb.

Seit 2000 schlage ich mich nun mit befristeten Arbeitsverträgen durch und erlebte mehrfach meine Kündigung, da ich am Arbeitsplatz – wie in der DDR – offen meine Meinung sagte. Heute ist man offensichtlich soweit, dass einem die Existenz genommen wird, wenn man offen seine Meinung äußert.

Mein letzter Arbeitgeber war früher Offizier der Grenztruppen der DDR und studierte u. a. an der ehemaligen Hochschule in Suhl. Ich teilte ihm mit, dass ich als Opfer des MfS anerkannt bin. Das gefiel ihm sichtlich überhaupt nicht.

Seine Frau kommt aus dem Westen, sie kann sich gar NICHT in die Gefühle von Opfern hin hineinversetzen. Wie auch?

Heute geht es mir zum Teil materiell schlechter als in der DDR. Sollte das beabsichtigt sein?

In einigen mir bekannten Fällen haben Altkader, die schon in der DDR das Sagen hatten, wieder über das Schicksal von Menschen entschieden, weil sie einfach die "besseren Hebel" in der Hand haben.

Das ist neues Unrecht und darf nicht sein!

Aus meinen eigenen Erfahrungen heraus bitte ich alle Opfer des Stalinismus um besondere Vorsicht,

wenn sie sich um Arbeitsstellen in der freien Wirtschaft bewerben. In einigen Branchen ist es besonders auffällig. Sie scheinen von ehemaligen Mitarbeitern des MfS sozusagen unterwandert zu sein. Diese sind mitunter sogar die Geschäftsführer der Unternehmen.

Um einen besseren Schutz für die Opfer des Stalinismus zu erreichen, schlage ich vor: Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass Opfer des Stalinismus an Arbeitsstellen des Öffentlichen Dienst vermittelt und dort eingestellt werden. Dies begründet sich auch durch gesundheitliche Schäden, die diese Menschen erlitten haben. Hier muss auch ein besserer Kündigungsschutz greifen. Da ich mit der Ostbeauftragten der Bundesregierung, Iris Gleicke (SPD) in Verbindung stehe, habe ich ihr schon entsprechende Vorschläge unterbreitet.

Belastete Mitarbeiter des alten Staatsapparats der ehemaligen DDR suchten sich Arbeitsstellen im Öffentlichen Dienst in Westdeutschland oder sie wurden von früher einfach übernommen. Sie hatten das Glück, dass für sie keine generelle Überprüfung durch den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen erfolgte.

Das muss verändert werden.

Vielleicht könnten die Vorstände der VOS und der UOKG meine Vorschläge unterstützen und dem Deutschen Bundestag unterbreiten.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Peter Heubach, Rostock

Gefunden und zitiert

In Sachen Meinungsfreiheit weiß auch Herr Friedrich Schorlemmer eine Weisheit beizusteuern und mit dieser zielt er auf die Äußerung von Bundespräsident Gauck ab:

Natürlich kann der Bundespräsident seine Meinung äußern. Aber hier hat er die Grenzen seines Amtes überschritten. Das hätte er gegenüber Freunden äußern können. ... Er hat sich hier in eine laufende Mitgliederbefragung der SPD in Thüringen eingemischt. ... Er schürt hier diffuse Ängste, die Kommunisten könnten wiederkommen. Es hätte nur noch gefehlt, dass er gesagt hätte, der Russe kommt bald wieder.

Aus: Münstersche Zeitung, 5.11. 2014

Den Kurs verloren

Das Thüringen-Modell und seine Folgen für die SPD

Am Abend des 4. November stand es fest: Die Mitglieder der thüringischen SPD haben mehrheitlich ihre Zustimmung zu einer Regierungsbeteiligung und zur Rolle des Mehrheitsbeschaffers in der dortigen Landesregierung unter der Führung eines Kandidaten der Linken gegeben. Diejenigen, die bis zuletzt auf eine Vernunftentscheidung gehofft hatten, wurden enttäuscht.

Was nun in der Landeshauptstadt Erfurt geschehen wird, dürfte allerdings keine politischen Überraschungen bergen. Weder werden wir eine „eigene sozialistische Republik“ Thüringen präsentiert bekommen noch wird es politische Häftlinge wie einstmals unter der Herrschaft der SED geben. Die Regierungsweise wird sich kaum von der in anderen Bundesländern unterscheiden, denn die Linke will sich auf jeden Fall als praktisch handelnde und demokratisch akzeptabel auftretende Partei zeigen und sich somit für andere Bündnisse und vielleicht weitere Ministerpräsidentenposten empfehlen. Nicht zuletzt auch hat sie ihr großes Ziel im Auge, in drei Jahren bei der Bundestagswahl für die entscheidende Mehrheit zu sorgen, wenn es für eine CDU/CSU mit über 40 Prozent Wählerstimmen dann trotzdem nicht mehr zur Regierungsmehrheit reicht. Und so wie sich die SPD derzeit – nicht mehr nur in nicht offiziellen Kommentaren – erklärt, dürfte auch von Seiten der einstigen Volkspartei SPD die Bereitschaft zur Koalition mit der Ex-SED mittlerweile manifestiert sein.

Zu fragen ist allerdings, ob sich die SPD mit ihren zweifelhaften Regierungsbeteiligungen – sie koalitiert mit nicht weniger als drei größeren unterschiedlichen Partnern – bei den Wählerinnen und Wählern im Lande nicht zusehends unglaubwürdig und überflüssig macht. Zum ändern sind es die letzten Aufrechten innerhalb dieser Partei, die sich angesichts von Machtstreben und Unterwürfigkeit abwenden und die SPD immer schwächer werden lassen. Fest steht: Die SPD ist nicht mehr nur auf einem schlechten Kurs, sondern sie ist auf gar keinem Kurs mehr.

B. Thonn

Die politischen Gewichte im Land haben sich auf einmal verändert

Die AfD sitzt wie ein Fels in den ersten Landtags-Parlamenten. Aber bringt uns das weiter?

Wie steht es in Deutschland um die Parteienlandschaft?

Nach den letzten drei Landtagswahlen in den Neuen Bundesländern hat sich einiges verändert. Während die FDP endgültig in der Versenkung verschwunden zu sein scheint, ist mit der AfD plötzlich eine neue politische Kraft aufgetaucht, die, auch wenn sich das die ehemals etablierten Parteien wünschen, nicht ohne weiteres abtreten dürfte. Zu schlagkräftig sind die Themen und zu gut organisiert sind die Strukturen, mit der sich die quasi aus dem Boden geschossene AfD präsentiert. Zu heftig sind auch die Emotionen, die von den Auftritten und Losungen ihrer Vertreter ausgelöst werden. Im Gegensatz zur Schill-Partei und den Piraten, die überraschend schnell wieder verschwunden sind, steht die AfD auf festen Füßen. Wenig stören sich die aktuellen Wählerinnen und Wähler an der lauten Streitkultur auf Parteiveranstaltungen und an den nicht immer glücklichen Äußerungen, die gelegentlich von den Funktionären der unteren Ebene zu hören sind. Die profilierten Macher halten die noch junge Partei auf Kurs und machen sie für das wahl- und politikmüde Volk und noch mehr für Protestwähler interessant.

Dass das Programm der AfD bisher noch wenig politisch konkret Praktikables hergibt, stört die Wähler nicht sonderlich. Vielleicht aber macht gerade das die Partei attraktiv. Denn im Gegensatz zu den einstigen Ur-Grünen oder den Piraten, die sich mit ihrer Gründung nützliche Zielstellungen gaben, belässt es die AfD bei Negationsformulierungen, die zwar nicht unbedingt an den politischen Wahrheiten vorbeigehen, die sich jedoch bestenfalls mit mangelhaften Lösungen verbinden und die sie keineswegs vom öffentlich geäußerten Vorwurf des Populismus freisprechen kann.

Es ist demnach kaum ersichtlich, dass diese Partei eine bestimmende Kraft in den Parlamenten werden kann. Und ob sie als Koalitionspartner – vermutlich nur an der Seite von CDU/CSU – taugt und erwünscht ist, bleibt ohnehin fraglich. Momentan hat sie es immerhin ge-

schafft, die politischen Gewichte im Land so zu erschüttern, dass die Karten im Landtag von Thüringen neu gemischt werden müssen. Hier thront sie wie ein unbeweglicher Fels, von dem keiner weiß, wo er herkommt. Sie hat den anderen Parteien so viele Stimmen abgezockt, dass sich eine Landesregierung nur nach rechnerischen Möglichkeiten bilden kann. Damit hat sie voraussichtlich – sicherlich ungewollt – der Linken erstmals zu einem Ministerpräsidenten-Posten verholfen und die SPD in jene Rolle gebracht, die einstmals die FDP innehatte und die man in den Medien boshaft Mehrheitsbeschaffer nennt.

Inwieweit die AfD im nächsten Jahr auch in den Alten Bundesländern bei den Landtagswahlen zum „Abräumer“ werden kann, bleibt abzuwarten. Das westliche Wahlklima ist weniger stürmisch und sporadisch als das neu-östliche. Die Grünen stehen hier traditionsgemäß höher im Kurs, und die FDP ist noch nicht total abgeschrieben. An den Zielen und der Wahl-Taktik der AfD dürfte sich angesichts der bisherigen Wahlerfolge kaum etwas ändern.

Noch mehr als für die CDU/CSU ist die AfD für die Linke zur Gefahr geworden. Massenweise hat sie der Ost-Partei Wähler und auch Interessenten für die Parteimitgliedschaft abgezogen. Der Erdbeben von gut acht Prozent an Stimmenverlusten bei den Landtagswahlen im September in Brandenburg war nicht nur einfach ein Warnschuss für die SED-Nachfolger. Er hat auch gezeigt, dass die Linke kein festes Wählerpotenzial hat und es so etwas wie eine marxistische Gesinnung gerade noch bei verkrampften Altkadern oder splitterhaft in Erscheinung tretende Idealisten gibt. Wenn man also der AfD ein Verdienst anrechnen will, so kann man durchaus auf die Untergrabung der Linken verweisen.

Was die Ziele der AfD angeht, so treffen wir zusehends auf Fragwürdiges. Das Schlagwort von der Euro-Abschaffung zeugt von Realitätsfremdheit, und die Einforderung von mehr Ordnung und Rechtsschutz im öffentlichen Leben mit

dem Verweis auf die – wenn auch bestenfalls eingeschränkt anwendbaren – Verhältnisse in der untergangenen DDR kommt blamabel, unintelligent und bar eines fundierten Geschichtswissens daher. Die politischen Opfer, die die DDR-Strafanstalten gemeinsam mit Mördern und Sittlichkeitsverbrechern füllten, können die hohe Kriminalitätsrate im „friedlichen“ sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat ohne jedes Zögern bestätigen.

Trotzdem verkörpert diese AfD auch ein schlechtes Gewissen für unsere regierenden Parlamente. Auch wenn die überwiegende Zahl der Bürgerinnen und Bürger den Euro inzwischen nicht mehr abgeben würde, bleibt der Makel, dass vor der Einführung dieser Währung hätte durchgeführt werden müssen. Und dass wir uns auf unseren Straßen, Bahnhöfen und Supermärkten nicht mehr so sicher fühlen wie vor Jahren noch, ist eine Tatsache, die offenbar nicht hinreichend zur Kenntnis genommen wird. Politik scheint inzwischen oftmals zum Selbstzweck und zur Schaubühne der Abgeordneten geworden zu sein. Allein das Gezerre um die Einführung einer Maut-Gebühr stößt bei den Menschen auf Ablehnung, Spott und Unverständnis.

Andererseits nehmen sich Gewerkschaften das beliebige Recht, ein ganzes Land lahmzulegen, indem die Eisenbahnen und Flughäfen bestreikt werden. Den Schaden haben die Menschen, die sich wehrlos und ausgeliefert fühlen und die von der Politik erwarten, dass ihre Bedürfnisse und Forderungen nicht verhallen.

Deutschland soll ein lebenswertes Land bleiben. Unser Gesellschaftssystem braucht keine Alternative, aber es braucht auf jeden Fall auch Stimmen, die sich gegebenenfalls kritisch äußern und auf Missstände hinweisen. *Valerie Bosse*

Gefunden:

Wenn Falsche das Richtige sagen, wird leicht auch das Richtige falsch.

Joachim Gauck in: Winter im Sommer – Frühling im Herbst. Erinnerungen. München 2009

Pietätlos und frech, denn es sind „Wölfe in Schafpelzen“

VOS-Bundesvorstand erstattet Strafanzeige gegen Linke wegen Diebstahls der Mauerkreuze

Pressemitteilung des Bundesvorstandes der VOS

Auf der Homepage des Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko von der Partei „DIE LINKE/SED“, unter dem Link <http://www.andrej-hunko.de/7-beitrag?start=50>, steht mit Bild:

„Stellvertretend für die Linksfraktion im Bundestag konnten Inge Höger und Andrej Hunko am 18. Oktober 2012 einen Scheck des Fraktionsvereins über 800 Euro an Philipp Ruch, Gründer der „Initiative für politische Schönheit“ übergeben.

Philipp Ruch ist laut Homepage des Vereins „Initiative für politische Schönheit“ Chefunterhändler des Vereins und zeichnet verantwortlich im Impressum.

Die VOS e.V. hat am 04. November 2014 Strafanzeige wegen Diebstahls, Schändung öffentlichen Eigentums und wegen der Wegnahme des „Andenkens Verstorbener“ gegen den Verein gestellt. (Vorgangsnummer: 141104-1607-I00158).

Dazu sagt der stellvertretende Bundesvorsitzende der Vereinigung der Opfer der Stalinismus e.V., Hugo Diederich:

Wir fühlen mit den Flüchtlingen. Es kann aber nicht sein, dass eine Initiative Kreuze für eine Aktion entfernt, die an exponierter Stelle in Berlin stehen, wo dieser Toten von Mauer und Stacheldraht gedacht wird.

Pikant an dieser Sache, dass die Linksfraktion im Deutschen Bundestag diesen Verein finanziell unterstützt.

Um in Thüringen an die Macht zu kommen, unterzeichnet eine Partei „DIE LINKE“ eine Vereinbarung, in der mehr Geld den Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbänden bereitgestellt werden soll.

Kann man den Aussagen dieser Partei glauben? Wir Opfer der SBZ/SED- Diktatur glauben nicht daran, wir haben sie kennengelernt. Es sind „Wölfe im Schafspelz“.

Berlin, d. 04.11. 2014, Rainer Wagner, Hugo Diederich

50 Euro als Erhöhung für Opferrente soll bestätigt werden

Nun sind Bundestag und Bundesrat gefragt

Hierzu teilt die Bundesgeschäftsstelle der VOS mit:

Die erste Lesung zur Opferrente erfolgte am 13.11.2014 im Bundestag, (Drucksache446/14) liegt der VOS vor. Die 2. und abschließende 3. Lesung wird es am 04.12.2014 geben. Danach muss noch der Bundesrat zustimmen.

Trotz unserer zahlreichen Schreiben durch die Mitgliedschaft und Initiativen der Landesverbände, der Bezirksgruppen und des Bundesvorstandes sind weitere Änderungen sehr fraglich. Begründungen für einzelne Tatbestände sind teilweise in der Vorlage nachzulesen.

Hugo Diederich

Der Gedanke der Einheit reicht weit in die Geschichte zurück

VOS-Landesgruppe Hessen / Rheinland-Pfalz veranstaltet vor der Walhalla eine Gedenkfeier zu Ehren von Opfern und Widerständlern

Ein 13-köpfiges Reiseteam der VOS-Landesgruppe Hessen / Rheinland-Pfalz unternahm vom 24. Bis 26. Oktober 2014 eine Fahrt nach Regensburg an der Donau und zur Walhalla bei Donaustauf.

Regensburg erwies sich als ein lohnendes Reiseziel mit einem schönen und gut erhaltenen Stadtzentrum, mit vielen interessanten kulturellen und geschichtlichen Sehenswürdigkeiten sowie einem pulsierenden und mitreißenden Leben. Völlig zu Recht gehört diese historische Stadt mit ihrer langen Geschichte, die bis in die Römerzeit zurückreicht, zum Weltkulturerbe. Die Zeit eines Wochenendes war natürlich viel zu kurz, um alles Wichtige nachhaltig aufnehmen zu können, denn das Gesellige und Unterhaltsame sollte ja für die Reisenden nicht zu kurz kommen.

Höhepunkt der Fahrt war die von den mitgereisten VOSlern der Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe initiierte Gedenkfeier auf der Ruhmes- und Totenhalle Walhalla. Dieses in Deutschland einmalige Bauwerk und Nationaldenkmal König Ludwig I. von Bayern, das zwischen 1808 bis 1842 errichtet wurde, diente der Idee, die „rühmlich ausgezeichneten Teutschen“ an diesem Ort zu vereinen, verbunden mit der Hoffnung auf „Erstarkung eines gemeinsamen Vaterlandes und die nachfolgenden Generationen in ihrer patriotischen Haltung zu ihrem Staat und ihrem Volk zu festigen. Die große Ansammlung von Skulpturen der Geistes- und Geschichtsgrößen, die sich um Freiheit, Unabhängigkeit und Einheit verdient gemacht und aufgeopfert haben, war sehr beeindruckend. Somit waren ein passender Rahmen und der historische Hintergrund gegeben, damit die VOS-Mitglieder in der Walhalla eine kleine Gedenkfeier zur Würdigung der Opfer des Stalinismus und Kommunismus abhalten und ein Blumenbukett samt Schleife mit der Aufschrift „Allen Deutschen in Dankbarkeit und außerordentlicher Würdigung gewidmet, welche sich dem Terror stalinistischer und kommunistischer Erziehung und Gewalt widersetzen und dabei ihr Leben opfert“ niederlegen konnten.

Da eine Gedenkfeier innerhalb Walhalla- Räumlichkeiten nicht erlaubt wurde, wurden dafür die Stufen des Gebäudes genutzt. Dieser Platz erwies nachher sogar als sehr günstig, denn das Blumenbukett mit dem Gedenktex auf der Schleife lag somit im Sichtbereich der Passanten und verhiess manchen zum Stehenbleiben und Nachlesen – und hoffentlich auch zum Nachdenken, womit dann ein großes Anliegen unserer Gruppenmitglieder erreicht gewesen wäre.

Schön und passend wäre es übrigens gewesen, hätte sich auch der VOS-Landesverband Bayern zur Teilnahme entschließen können.

Gerd Franke, VOS-Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe

Anm. d. Red. An der Gedenkfeier bzw. der Reise nahm auch stellvertretende VOS-Bundesvorsitzende Hugo Diederich teil. Zusammenkünfte dieser Art tragen auch zur Erhaltung der Einheit in der VOS bei.

Die Entschädigungen für die Zwangsarbeit stehen weiterhin aus

In Sachen Anerkennung der Zwangsarbeit sollte sich endlich etwas tun!

☒ Deutschland ist heute kein Unrechtsstaat, aber etwas mehr Gerechtigkeit täte in der Tat not. Wir erleben gerade, dass für die Menschen, die unter der SED-Diktatur gelitten haben, ein wenig getan wird. 50 Euro gibt es ab dem 1. Januar 2015 auf die Ehrenrente von 250 Euro für rehabilitierte SED-Opfer. Zudem soll es eine Aufstockung des Betrages für Jugendliche, die in den Jugendwerkhöfen Margot Honeckers gelitten haben.

Diese Verbesserungen sehen wir und wollen sie auch anerkennen. Die Opfer des Faschismus werden aber ungleich besser gestellt als die Opfer des Kommunismus, denn sie bekommen über 700 Euro pro Monat als Ausgleich für ihre Leiden, die ihnen von den Nazis zugefügt wurden.

Ebenfalls entschädigt wurden die NS-Zwangsarbeiter, wobei der deutsche Staat, gemeinsam mit deutschen Konzernen einen Beitrag von über acht Milliarden Euro zur Verfügung gestellt hat.

Im SED-Unrechtsstaat wurde ebenfalls Zwangsarbeit geleistet. Viele ehemalige Häftlinge können das bestätigen. Eine Entschädigung für die geleistete Zwangsarbeit in den SED-Zuchthäusern und den Haftarbeitslagern steht aber noch aus. Jene Betriebe (auch ihre Nachfolger), die von der Zwangsarbeit Inhaftierter profitiert haben, müssten dafür angemessene Entschädigungen leisten, und auch der Staat sollte seinen Beitrag leisten. 135 Mio. Euro plus Zinsen lautet die Forderung Deutschlands an die Schweizer Banken.

Sollten diese Banken den Rechtsstreit verlieren, so müsste man den genannten Betrag in einen Fonds überführen, aus dem die Forderungen nach der Entschädigung von Zwangsarbeit beglichen werden könnten. Staat und Gesellschaft sind in der Pflicht, etwas zu tun, und dieses sollte schnell geschehen, damit auch ältere Opfer etwas davon haben.

Jörg Petzold

Wir wollen keine Bittsteller sein

Vier Forderungen als unsere Grundanliegen

☒ Schon ist auf Regierungsseite von Einsparung die Rede. Viele bislang gewährte Leistungen sollen mal wieder auf den Prüfstand. Es ist – wie sooft – das übliche Hin und Her, und auch wir sind mit unseren Forderungen leider nicht weitergekommen:

- Eine weitere angemessene Erhöhung der Opferrente
- Die Vererbbarkeit der Opferrente
- Eine weitere Erhöhung der Haftentschädigung
- Gewährung einer Opferrente für alle Opfer, somit auch für Betroffene, die unter sechs Monate inhaftiert waren
- Keine Anrechnung auf andere Einkommen.

Wenn es nun mit der Wirtschaft bergab geht, ist eine (wenigstens teilweise) Erfüllung unserer Forderungen vermutlich bald nicht mehr durchsetzbar. Daher mein Anliegen an den Bundesvorstand der VOS:

Unsere Forderungen müssen JETZT auf breiter Front massiv vorgetragen werden. Bitte auch die Möglichkeit des Rechtsweges prüfen. Die Zeit läuft uns sonst davon.

Wir wollen keine Bittsteller sein, sondern wir sollten mehr Selbstbewusstsein zeigen.

Hätten wir vor Jahren Klage eingereicht, vielleicht wären wir jetzt einen Schritt weiter.

Karl-Heinz Genath

Anm. d. Red.:

- Bisher liegt die Haftentschädigung auf derselben Höhe wie sie nicht verurteilte Inhaftierte im jetzigen Rechtssystem erhalten und wie sie demnach auch nicht verurteilte DDR-Oberhäupter bekommen haben. Zu Beginn der 1990er Jahre betrug der Entschädigungssatz sogar nur die Hälfte des heute gültigen Betrages.
- Über die Möglichkeiten und den (leider gescheiterten) Weg einer Klage wurde schon mehrfach in der Fg berichtet. Auch in dieser Ausgabe nimmt Vorstandsmitglied Hugo Diederich (Seite 16) hierzu plausibel Stellung.

Dies ist eine lebendige Zeitschrift

Zum Jahresende ein ehrliches Lob für die Freiheitsglocke

☒ An den Redakteur der Fg, das Jahr 2014 geht langsam auf das Ende zu. Mir ist es ein großes Bedürfnis nach fast sechzigjähriger Mitgliedschaft in der VOS der Redaktion, dir Kamerad Richter, für die viele Arbeit und somit den Inhalt und die Gestaltung der Freiheitsglocke zu danken. Es ist eine übersichtliche, lebendige Zeitschrift mit Qualität und besten Inhalten.

Ich lese sie gern.

Ich wünsche weiterhin alles Gute.

Karl-Heinz Genath

Anm. d. Red.: Danke.

Interesse bleibt bestehen

Über Kamerad Helmut Stelling

Grüße an die VOS, den Vorstand und die Redaktion übermittelt Kamerad Helmut Stelling, der mit nunmehr 88 Jahren in ein Seniorenheim gezogen ist und weiterhin Anteil am Schicksal der VOS nimmt. Leider verstarb nach 32 gemeinsamen Jahren die Frau von Kamerad Stelling, wozu wir unser Beileid übermitteln. Helmut Stelling gehört der VOS seit vielen Jahrzehnten an. Er war in den 1960 Jahren Bundesvorsitzender und leitete nach dem Tod von Kamerad Binski die Generalversammlungen. Wir wünschen ihm alles Gute. A.R. / H.D. / R.W.

Häftlingsschicksal

Der nachfolgende Bericht zeigt, dass man Hafterlebnisse und ihre Folgen auch kurz fassen kann:

Ein damals 16-jähriges, schwangeres Mädchen kam wegen „versuchter Republikflucht“ in U-Haft, ihr Gesundheitszustand verschlechterte sich immer mehr, schließlich drohte eine Fehlgeburt. Sie kam ins Haftkrankenhaus und wurde nach 171 Tagen entlassen. Ihr Antrag auf Opferrente unter Hinweis auf die Härterege lung wurde von Seiten der Behörde abgelehnt, da eine Schwangerschaft während der MfS-Untersuchungshaft keine besondere Härte darstellen würde. Diese Entscheidung ist zutiefst unbefriedigend und auch in ihrer Argumentation inhuman.

Aus: Stellungnahme des Bundesvorsitzenden der VOS Rainer Wagner zur Sitzung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags am 24.11.2014

Über die Lage der VOS-Finzen

Der VOS-Bundesvorstand gibt Auskunft

Aufgrund einzelner Nachfragen in der letzten Fg gibt der stellvertretende Bundesvorsitzende hier Auskunft.

Die monatliche Miete beträgt 479,05 € die Telefongebühren liegen bei 59,00 € wobei der Vertrag zum 10. Januar 2014 gekündigt und ein preisgünstigerer Tarif abgeschlossen wurde. Die Ausgaben für das Personal der Bundesgeschäftsstelle (Hugo Diederich, Vollzeitjob) ca. 1.200 € (Bruttogehalt: 980,00 € Nettogehalt 775,00 €). Andere gezahlte Gehälter für Beschäftigte bei der VOS gibt es zurzeit nicht. Hinzu kommen noch Ausgaben für Büromaterial, Porto etc.

Mit allen Ausgaben geben wir sehr sparsam um, so zum Beispiel mit Reisekosten für den Bundesvorstand, welche wir durch Terminoptimierungen gekürzt haben.

Bis zum 30. Mai 2013 hatten wir eine Projektförderung für die Beratung und Betreuung von Opfern der SBZ/DDR durch den Berliner Landesbeauftragten. Er beinhaltete Personalkosten von zwei Mitarbeitern à 20 Stunden. Darüber hinaus wurden zwei Räume finanziert und weitere Sachkosten. Aus bekannten Umständen wurde das Projekt zum 30.5.2014 gestrichen. Nachdem die Strafanzeige gegen Mitglieder des ehemaligen Bundesvorstandes wegen des Vorenthaltens und der Veruntreuung von Arbeitsentgelt am 24. September 2014 endgültig eingestellt wurde, fanden noch einmal Gespräche mit dem Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit von Berlin, Martin Gutzeit und dem Finanzamt statt. Beide Gespräche verliefen sehr positiv, wir hatten einen Wirtschaftsberater dabei, der vorher einen Einblick in unsere Unterlagen bekam. Herr Gutzeit stellte uns eine Förderung des Landesverbandes Berlin für das Jahr 2015 in Aussicht. Das abschließende Gespräch mit dem Finanzamt war ebenfalls positiv.

Es gibt somit keine gerichtlichen Verfahren gegen die VOS. Lediglich klagt die VOS selber seit diesem Jahr gegen die Rentenversicherung mit dem Ziel der Streichung eines „bedingten Vorsatzes“ bei der Vorenthaltung und Veruntreuung von Arbeitsentgelt, welches uns von dieser vorgehalten wird. Durch die Einstellung des Strafverfahrens sind wir auf einem guten Weg.

Da es für den Landesverband Berlin seit Juni letzten Jahres keine Berater mehr gibt, nach wie vor aber Beratungsanfragen ankommen, wird dies seit dieser Zeit ehrenamtlich geleistet. Bis zum 17. Juni 2014 leistete Michel Späth ehrenamtlich die Beratungsarbeit. Nun gibt es noch einen Ansprechpartner. Wie auch in der Vergangenheit, kommen sehr viele Anfragen aus dem gesamten Bundesgebiet in der Bundesgeschäftsstelle an. So haben wir auch 2014 mehreren Opfern zur Rehabilitation, zu Zahlungen der Stiftung für Versorgungsleistungen nach dem beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz, zur Opferrente etc. helfen können. Die Bundesgeschäftsstelle ist ebenso der Ansprechpartner für die Sorgen und Nöte der Betroffenen, da nur diese in der Regel täglich erreichbar ist.

Seit dem Jahr 2002 bin ich in der Bundesgeschäftsstelle und die Anzahl unserer Mitglieder hat sich seit dieser Zeit stetig verringert. Trotzdem wurden über die Jahre die Aufgaben weiter erfüllt. Zum 9. November 2014 haben wir noch 1.382 Mitglieder, 61 Abonnenten und 66 Freiheitsglocken gehen an Politiker etc.

Erschließen wir uns neue Mitglieder! *Hugo Diederich*

Es war großartig anrührend

VOS-Mitglieder sind bei Joachim Gauck als Zeitzeugen eingeladen

Am 18.09.2014 kam Bundespräsident Joachim Gauck mit Staatsoberhäuptern von Österreich, Belgien, Liechtenstein, Luxemburg und der Schweiz zum Staatsbesuch in seine alte Heimat Rostock. Die genannten Politiker wurden vom Bundespräsidenten zu einem Arbeitstreffen eingeladen, zu dem natürlich auch verschiedene Besichtigungstermine gehörten. So wurden die ausländischen Gäste auch zu einem Besuch ins ehemalige Stasi-Gefängnis und der Marienkirche geführt.

Roland Jahn, der als Bundesbeauftragter für Stasi-Unterlagen ebenfalls anwesend war, gab einen Einblick in die Verhältnisse und Tagesabläufe dieser Haftanstalt. Nächste Besichtigungsstation war die Rostocker Marienkirche. Hierher hatte Joachim Gauck acht Bürgerrechtler und den ehemaligen Oberbürgermeister Christoph Kleemann zu einem Diskussionsforum eingeladen, an dem auch mehrere Zeitzeugen teilnahmen. So kamen auch der Grünen-Landtagsabgeordneter Georg Jaeger, Mitbegründer des Neuen Forums, Aenne Lange, Mitglied der Gruppe Umwelt, Pastor Heinz Eggert und von Seiten der VOS Bruno Niedzwetzki und May-Britt Krüger zu Wort. In unterschiedlichen bewegenden Beiträgen wurden die Haft-Erinnerungen von einst wieder lebendig. Dabei gab es einen Bericht aus den 1960er Jahren durch den Kameraden Bruno Niedzwetzki und meine Schilderungen aus den letzten Tagen des Herbstes 1989. Ich befand mich in der winzigen Zelle der Stasi-Haftanstalt. Während Pastor Gauck in der Marienkirche die friedliche Revolution mit entfachte, wurde ich noch nach den üblichen Stasi-Methoden verhört.

Dieses Zusammentreffen vom 18. September 2014 war für mich sehr anrührend. Die Umarmungen, die es nun gab, waren herzlich und ehrlich. Auch der Bundespräsident, der sich wie immer als unkompliziert und sehr verbindlich zeigte, gestand offen: „Ich versuche meine Gefühle, die mich hier übermannen, zu bändigen.“ Für einen Moment schien es sogar, als wären wir noch mal in jenen Herbst 1989 zurückgekehrt und er würde nun – wie damals – eine Andacht halten ...

May-Britt Krüger (Mitglied des VOS-Bundesvorstandes)

Statistik: Das Interesse stockt!

Nur die Hälfte der Deutschen ist an der jetzigen Art der DDR-Aufarbeitung interessiert

25 Jahre haben viel verändert. Nicht nur in der Geografie und der Infrastruktur unseres nunmehr geeinten Landes. Einiges ist auch in den Köpfen der Mitbürgerinnen und Mitbürger passiert, das mit Desinteresse zu tun hat. Beispielsweise ist eine Art Sättigung in Sachen Geschichtsinformation zur Einheit eingetreten. Fast jeder Zweite möchte erst mal nichts mehr über die DDR und die Zeit der Teilung erfahren. Dabei sind es sogar die „Jüngeren“ (Altersgruppe unter 30 Jahren), die noch eher interessiert sind.

Ungeachtet dessen wird von den meisten Deutschen die weitere Aufarbeitung der Geschichte als wichtig erachtet. Mit der Art und Weise sind jedoch viele nicht einverstanden, was vermutlich an der Art liegt, wie die DDR in Serien und Filmen dargestellt wird: Entweder zu heiter harmlos oder in ihren unmenschlichen Seiten zu durchsichtig und einseitig.

B. Thonn

Es könnte ein Lichtblick sein

Die Zusammenarbeit mit einer anderen Opfergruppe bahnt sich an

Am ersten Novemberwochenende haben sich auf Initiative eines Mitglieds der VOS und der Facebook Gruppe "Never Forget - Niemals vergessen!" über 20 Opfer des SED- Regimes in Sörnzig getroffen. Gastgeber war Christian Bürger, der Sprecher der Prager Botschaftsflüchtlinge, im von ihm betriebenen Landgasthof. Ziel war es, über eine Vernetzung zwischen den verschiedenen Opfergruppen zu sprechen, welche einvernehmlich als notwendig und wichtig angesehen wurde. Der sächsische Landesverband der VOS war durch seinen Vorsitzenden, Frank Nemetz, und vier weitere aktive Mitglieder vertreten.

Die Gemeinschaft unter Gleichgesinnten war ein schönes Erlebnis. Es wurden aber auch erste Schritte für eine Zusammenarbeit in Sachsen vereinbart (Austausch von Informationen über Termine, Zusammenarbeit bei Veranstaltungen usw.). Diese müssen nun schrittweise praxistauglich gemacht werden.

Martin Peschek,

Organisator der Veranstaltung

Ein Fall zum Bemitleiden?

Verfolgt bis zur Bundestagstoilette

Am 10. November soll ein gewisser G. G., Fraktionschef einer hier nicht genannten Partei, in einem Bundestagsgebäude von zwei Journalisten so hartnäckig bedrängt worden sein, dass er nicht mal auf der Toilette seine Ruhe gehabt haben soll. Lesen Sie nachstehend, wie man dieses Vorkommnis als ehemaliger DDR-Häftling bewertet.

Wir fühlen mit diesem G. G., denn auch wir ehemaligen DDR-Häftlinge wurden bis in die Toilette, die sich freistehend in unserer Zelle befand, verfolgt. Nicht nur verfolgt, sondern lückenlos überwacht. Die Gucklöcher, auch Spione genannt, die sich in den schweren Eisentüren der „Verwahräume“ der MfS- Haftanstalten befanden, ermöglichten genau dieses Zuschauen, wogegen sich jetzt auch Herr G. G. vehement *verwahrt* hatte. Jeder (und jede) aus der Wachtruppe der Stasi konnte jedem männlichen oder weiblichen Häftling ungestört zuschauen, so dieser die Zellentoylette oder einmal pro Woche die Duschzelle benutzte. Und dabei sind die Ausdrücke „zuschauen“ und „benutzen“ nur sehr vorsichtige Umschreibungen dessen, was wirklich geschah.

Bei Herrn G.G. hat man sich schnell entschuldigt. Bei den ehemaligen Häftlingen eher nicht. Manches relativiert sich eben, das weiß man ja längst. *Tom Haltern*

Eine (Weihnachts)geschichte von ganz anderer Art

Ich gewähre mir selbst einen kurzfristigen Kredit und kaufe ein etwas teureres Geschenk

Dieser Tage kaufte ich ein Weihnachtsgeschenk. Es war Parfum, und zwar wahrlich kein billiges. Ich dachte, wegen der Erhöhung der Opferrente nehme ich sozusagen bei mir selbst einen Kredit auf. Nächstes Jahr zahle ich ihn dann zurück. Vielleicht auch, so dachte ich ebenfalls, geschieht sogar ein kleines Wunder, und der Gesetzgeber datiert die Erhöhung auf den Juli 2014 zurück, dann hätte ich 300 Euro zusätzlich in der Tasche und brauchte mir keinen Kredit geben. Na gut, die Hoffnung auf eine Rückdatierung erwies sich als Irrtum, im Gegenteil müssen wir jetzt gar noch bangen, ob die Erhöhung für den Januar 2015 als Gesetz beschlossen wird. Das Parfum hatte ich dann jedenfalls. So oder so, Eigenkredit oder nicht, der Gedanke, dass die Dame meines Herzens am weihnachtlichen Geschenke-Abend strahlende Augen haben würde, vertrieb alle Skepsis.

Vor dem Laden traf ich dann einen Bekannten. Der schaute ziemlich neidvoll auf die elegante Verpackung, in die das Parfum gehüllt war. Und irgendwie umgab mich auch noch der wunderbare Duft, der im Laden geherrscht hatte. Von der beglückten Miene, die der Kauf und der Gedanke an das tolle Parfum auf mein Gesicht gezaubert hatten, gar nicht zu reden. „Du kannst dir ja echt was leisten“, begrüßte mich der besagte Mensch. „Kein Wunder, kriegst ja diese Opferrente.

Und jetzt auch noch erhöht. Um zwanzig Prozent. Das lohnt sich.“

Das sind so Bemerkungen, so pauschal und so oberflächlich, auf die ich üblicherweise nichts erwidere. Höchstens: „Dafür war ich auch im Knast. Das war echt kein Vergnügen.“ Der Bekannte gab sich humorvoll: „Die paar Jährchen. Und wie lange das schon her ist. Hätte doch gereicht, dass du einmal was gekriegt hast. Sie haben euch doch eh alles nachgeschmissen. Jetzt noch. Zwanzig Prozent Erhöhung.“ Er schaute auf die Parfum-Verpackung. „Ich kann mir das teure Zeug nicht leisten. Ich bin nämlich auch in Rente, und die wurde nicht um zwanzig Prozent erhöht, sondern nur um zwei.“

Ich überlegte, ob ich antworten sollte. Dann sagte ich: „Du kriegst die Erhöhung um zwei Prozent mindestens jedes zweite Jahr. Das sind bei tausend Euro Rente auf zehn Jahre gerechnet mindestens einhundert Euro. Die Erhöhung meiner Opferrente kann ich mir auch auf zehn Jahre anrechnen. Das sind fünfzig Euro. Also die Hälfte von deinem Zuwachs.“

Was für eine Rechnung. Eine Art Abrechnung auch, die nicht jeder versteht. Der Bekannte startete mich an und war sprachlos. Ich wünschte ihm frohe Feiertage. Da mache ich dann keinen Unterschied zwischen guten und schlechten, zwischen schlauen und dummen Leuten.

AR

Wir trauern um

Gerhard Maune

Bezirksgruppe Ulm

**Dr. Rainer Richter
mund**

Bezirksgruppe Dortmund

Heinz-Dietrich Gäbel

Bezirksgruppe Berlin

Gerd Buhrow

Bezirksgruppe Rostock

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Wir freuen uns mit den Jubilaren

Alte und etwas jüngere VOS-Mitglieder nicht nur gemeinsam an einer „Geburtstagsfront“

Die VOS als Gemeinschaft von leidgeprüften Kameradinnen und Kameraden hilft ganz offensichtlich vielen ein hohes Alter zu erreichen. So stehen im letzten Quartal des Jahres 2014 einige runde Geburtstage auf unserer Mitgliedsliste, die uns vermeintlich Jüngere mit großer Sympathie und Bewunderung auf das erreichte Lebensalter blicken lassen. Auch wenn bei Auslieferung dieser Ausgabe der jeweilige Geburtstagstermin schon vorbei sein dürfte, gilt doch auch diesen Jubilaren meine und unser aller nachträgliche Gratulation, womit sich der Wunsch nach guter Gesundheit und Schaffenskraft verbindet. Es ist unbestritten: Die VOS gibt uns Kraft und eint unsere Gefühle bei der Schicksalsbewältigung und dem Erreichen weiterer Ziele.

Einen noch nicht runden, aber sehr respektablen Jahrestag beging am 2. November unser Kamerad Heinz Richter, der seinen 94. Geburtstag feierte und sich trotz gesundheitlicher Einschränkungen auch jetzt noch für die VOS und eine Verbesserung der sozialen Leistungen einsetzt.

Seinen 80. Geburtstag feierte im Oktober Rolf Wiese aus Leipzig. Auch er rackert und tüfelt, um den Haftopfern der SED-Diktatur weitere Verbesserungen zu ermöglichen, und er ist pausenlos um die Schaffung neuer Netzwerke bemüht.

Seinen 85. Geburtstag durfte am 15. Oktober Siegfried Müller aus Stützengrün erleben. Seine Beiträge für die Freiheitsglocke haben uns oftmals Denkanstöße gegeben und legen – zuweilen äußerst schmerzhaft – den Finger in Wunden, die uns alle schmerzen.

Zum 95. Geburtstag gratulieren wir am 7. Dezember unserem Kameraden Alois Track in Magdeburg. Den 90. Geburtstag feierten Hans Koch in Aumühle, Andreas Endresz in Griesbach und Gerhard Kircheis in Wolfsburg.

Zu verzeichnen sind zudem die 85. Geburtstage einer Reihe von weiteren Kameradinnen und Kameraden, denen, vorerst nicht einzeln aufgeführt, ebenfalls unser herzlicher Glückwunsch gilt.

Vergessen wollen wir aber nicht jene VOS-Mitglieder, die noch jünger sind, die jedoch unsere Hoffnungsträger für die Zukunft darstellen. Allen voran Sven Streblov, der am 1. November gerade mal 35 Jahre alt wurde, sowie Michael Krug (22. November) und Rainer Scherwinski (25. Dezember) mit jeweils 50 Jahren und Michael Möller mit einem Alter von 55 Jahren (am 27. Oktober). Und natürlich gratulieren wir Christa Pieper, die am Heilig Abend ihr sechstes Lebensjahrzehnt vollendet.

Unsere „Alters-Spitzenreiter“ sind weiterhin Johanna Roscher mit 99 Jahre (!) sowie Joachim Fiedler und Gerhard Penzel mit je 97 Jahren. Die Geburtstage dieser drei, die bereits in früheren Fg-Ausgaben vorgestellt wurden, sind dann im nächsten Jahr fällig.

Keinen runden, aber einen dennoch unbedingt erwähnenswerten Geburtstag begeht am 29. November Karl Langguth (Erfurt), der das 96. Lebensjahr vollendet. Das 96. Lebensjahr bereits erreicht haben in diesem Jahr die Kameraden Kurt Liebert, Reinhart Walter, Oskar Wolff, Walter Schneider und Franz Görlich sowie unsere Kameradin Elfriede Eisenschmidt aus Leipzig.

Allen, ob hier genannt oder (versehentlich) nicht mit Namen erwähnt, gilt unser Dank und unsere Anerkennung. Wir sind ein „Team“, und das ist großartig.

A. R.

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**

Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Herstellung: Satzherstellung Neymanns

Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de.

Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

- **einheitlich für alle Mitglieder ab 2013** 45,00 €
- Ehepartner 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement der Freiheitsglocke 24,00 €

Internetseiten der VOS

www.vos-ev.de

Ausgabe 746 erscheint im Dezember 2014/Januar 2015

Redaktionsschluss der FG **744/5**: 24. Nov. 2014